

EINWOHNERRAT

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
info@horw.ch

Kontakt Heike Sommer
Telefon 041 349 12 51
Telefax 041 349 14 81
E-Mail heike.sommer@horw.ch

Thema **Einwohnerratssitzung**
Sitzungsdatum **20. November 2008, 14.00 - 19.00 Uhr**
Sitzungsort **Pfarreizentrum**
Vorsitz **Reto Deschwanden**

PROTOKOLL NR. 305

Anwesend **29 Einwohnerratsmitglieder**
5 Gemeinderatsmitglieder
1 Gemeindeschreiber

Entschuldigt **Leipold Franz (anwesend ab 15.00 Uhr)**
Scammacca Albisser Miriam

Traktandenliste

1. B+A Nr. 1386 Bebauungsplan Dorfkern Süd Seite 2
2. B+A Nr. 1385 Entlastungskanal Allmend Seite 4
3. Dringliche Motion Nr. 261/2008 von Thomas Zemp, CVP: Optimierung des Finanzhaushaltes der Gemeinde Horw Seite 8
4. B+A Nr. 1384 Finanz- und Aufgabenplan 2009-2014 Seite 14
5. B+A Nr. 1383 Budget 2009 Seite 18

Feststellungen

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind verhandlungs- und beschlussfähig. Die Sitzung ist eröffnet.

Mitteilungen des Präsidenten

Folgende Repräsentationen wurden wahrgenommen:

- 25. Oktober 2008: 30-jähriges Jubiläum der Gemeindebibliothek Horw
- 25. Oktober 2008: Tag der offenen Tür anlässlich der Eröffnung der Dementenstation im Kirchfeld
- 7. November 2008: Premierenvorstellung der Theatergesellschaft Horw "De Ueli uf de Glungge"

Neueingänge

- 17. Oktober 2008: Postulat Nr. 609/2008 von Roger Eichmann, CVP, und Mitunterzeichnenden: Ferienfahrplan Buslinie 21

Rechtskraft von Beschlüssen

Seit der letzten Sitzung sind keine Geschäfte in Rechtskraft erwachsen.

Protokolle

Gegen das Protokoll Nr. 303 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt. Das Protokoll Nr. 304 haben wir noch nicht erhalten, dieses wird an der nächsten Sitzung genehmigt.

Ich stelle den Antrag, dass die Motion Nr. 261/2008, Optimierung des Finanzhaushaltes der Gemeinde Horw, vor dem Budget 2009 behandelt wird

Abstimmung:

Antrag, dass Motion die Motion Nr. 261/2008, Optimierung des Finanzhaushaltes der Gemeinde Horw, vor dem Finanz- und Aufgabenplan, d.h. als Traktandum 3 behandelt wird.

Dem Antrag wird mit 22:0 Stimmen zugestimmt.

1. B+A Nr. 1386 Bebauungsplan Dorfkern Süd

Frau Manuela Bernasconi und Herr Jörg Stalder befinden sich bei der Behandlung des Geschäfts im Ausstand.

Eintreten BVK

An der BVK-Sitzung befanden sich Frau Manuela Bernasconi und Herr Jörg Stalder bei der Behandlung des Geschäfts im Ausstand.

Herr Markus Hool hat uns die beantragten Änderungen des Bebauungsplans "Dorfkern Süd" erläutert. Ursprünglich wollte man das Haus D so belassen, durch die Bebauung an der Ringstrasse ist es jetzt aber miteinbezogen worden. Durch den nach neuer Planung eingeschossigen Verbindungstrakt vom Haus E zum Haus F wird die Westfassade viel mehr sichtbar und das Merkurhaus wirkt markanter und kommt viel besser zur Geltung. Die Häuser an der Ringstrasse werden auch seitlich leicht versetzt. Im Haus G wird neu auch ein Lift eingebaut, damit fällt die geplante Passerelle vom Haus H zum

Sprecher/in

Reto Deschwanden
(CVP)

Thomas Zemp (CVP)

Reto Deschwanden
(CVP)

Reto Deschwanden
(CVP)

Erhard Kälin (SVP)

Haus G gänzlich weg. Somit wird das gesamte Fassadenbild der Überbauung viel leichter und grosszügiger in Erscheinung treten. Die Autoabstellplätze sind weitgehend in der Tiefgarage, es sind ca. 30 Plätze und pro Haus max. zwei oberirdische Besucherparkplätze vorgesehen. Vom Gemeinderat haben wir jetzt noch ein Beiblatt bekommen, weil beim Haus A fünf Parkplätze zugelassen sind. Die BVK ist einstimmig für die gelungene Planungsänderung und stellt dem Rat den Antrag, den Änderungen zuzustimmen. Die BVK ist für Eintreten auf den B+A Nr. 1386.

Eintreten CVP

Die CVP Fraktion hat die Anpassungen wohlwollend zu Kenntnis genommen. In der Fraktion wurde der ablehnende Entscheid auf die Einsprache von Herrn Rhein diskutiert. Wir sind aber der Meinung, dass das Nichteintreten gerechtfertigt ist, insbesondere wird es schwierig sein, zwischen der Einsprache und den neuen Anpassungen im Bebauungsplan einen Zusammenhang zu finden. Deshalb ist die CVP Fraktion einstimmig für Eintreten.

Jürg Luthiger (CVP)

Eintreten SVP

Die SVP-Fraktion stimmt der Überbauung Dorfkern Süd auch zu. Dass die neuen Häuser so nah an der Strasse sind, hat bei uns zu Diskussionen geführt. Die Häuser H, G und F hätte man 1 m nach hinten versetzen sollen. Man könnte so Verschmutzungen an der Hauswand, die man beim Haus A sieht, das sehr nah an der Strasse steht, vermeiden.

Roland Bühlmann
(SVP)

Eintreten FDP

Der vorliegende B+A ist städtebaulich gesehen ein gelungenes Projekt. Es trägt dem Bestreben nach einer dichteren Bauweise in Zentrumslage Rechnung. Das Projekt an die strassenseitige Grenze zu bauen, lässt auch einen abgeschirmten und grünen Innenhof zu und ist zu begrüßen. Den ersten Änderungsantrag des Gemeinderates betreffend den Parkplatzzahlen müssen und können wir problemlos gutheissen, da dies auch aus formellen Gründen unumgänglich ist. Auch dem zweiten Änderungsantrag betreffend der Fassaden- resp. Projektänderung kann unsere Fraktion zustimmen, die uns erklärten und gegebenen Umstände rechtfertigen dies. Auf die Einsprache von Herrn Alfred Rhein-Würsch ist nicht einzutreten, schon aus rein formellen Gründen. Wir wünschen uns vom Gemeinderat einvernehmliche Einspracheverhandlungen, für diejenigen, die noch nicht stattgefunden haben, aber noch notwendig sind. Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Annahme des vorliegenden B+A Nr. 1386.

Roger Jenni (FDP)

Eintreten L2O

Die L2O hat den B+A Nr. 1386 Bebauungsplan Dorfkern Süd geprüft, inklusive den kurzfristigen Änderungen. Grundsätzlich ist das Anliegen der L2O, dass das Dorfbild im historischen Ortskern, wo das möglich und sinnvoll ist, erhalten werden kann. Der vorliegende Bebauungsplan Dorfkern Süd nimmt die Anliegen des Ortsbildschutzes gut auf. Die städtebauliche Konzeption mit den baulichen Entwicklungsmöglichkeiten, unter Berücksichtigung der vorhandenen Baustruktur, scheint uns sehr geglückt. Es freut uns, dass die kurzfristige neue Variante die Erhaltung und Freistellung des Kulturobjekts "Mercur" zusätzlich optimiert. Der rückwärtige An- bzw. Zwischenbau lässt das schützenswerte Haus vom Kreisel und von der Ringstrasse her prominenter erscheinen als beim ersten Vorschlag. Abgestützt auf die Berichte der Kantonalen Dienststelle Verkehr und Infrastruktur und der Kantonalen Denkmalpflege und Archäologie, die vom Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement zur Vernehmlassung eingeladen wurden, sind für uns wichtige Punkte in diesem Plan berücksichtigt. So ist die architektonische Qualität der Neu- und Ergänzungsbauten sichergestellt. Die Erschliessung der oberirdischen Parkierung und der Garagen lässt nach wie vor keinen Verkehr innerhalb des Dorfkerns Süd zu. Zusammen mit den geplanten Lärmschutzmassnahmen entlang der Ringstras-

Beatrice Heeb-Wagner
(L2O)

se ermöglicht dies eine hohe Wohnqualität. Wir sind der Ansicht, dass sich das Verfahren zur Erstellung des Bebauungsplans, das durch einen Fachausschuss begleitet wurde, bewährt hat und dass von der Beratergruppe gute Arbeit geleistet wurde. Die zweifache Auflage des Bebauungsplanentwurfs und die Erledigung der Einsprachen erforderten zusätzlichen Aufwand, der sich gelohnt hat. Wir danken allen Beteiligten für ihre Arbeit und sind für Eintreten.

Die Aufnahme der Arbeiten für den Bebauungsplan Dorfkern Süd erfolgten im Jahr 2003. Es fanden insgesamt zwei Auflagen statt, das Ziel war die Sicherstellung einer guten Überbauung mit einer sehr guten Qualität in dem sehr wichtigen Ortskern. Gleichzeitig mit der zweiten Auflage traf das Baugesuch für das Projekt "Infanger" ein. Das hat einige Veränderungen ausgelöst, die sich im Bebauungsplan niedergeschlagen haben. Die Verbesserungen werden auch von der Fachgruppe begrüsst. Sehr kurzfristig haben wir Ihnen noch eine ganz kleine Änderung vorgelegt, die die fünf zugebilligten Parkplätze beim bestehenden Haus A betrifft. Diese geniessen Bestandesgarantie, was eine Anpassung von Art. 13 Abs. 5 erfordert.

Markus Hool (FDP)

Abstimmung:

1. Der Bebauungsplan Dorfkern Süd mit zugehörigem Reglement wird erlassen.
Der Bebauungsplan Dorfkern Süd mit zugehörigem Reglement wird einstimmig erlassen.
2. Auf die Einsprache von Alfred Rhein-Würsch, Stansstad, vom 2. September 2008 wird nicht eingetreten.
Es wird einstimmig beschlossen, dass auf die Einsprache nicht eingetreten wird.

Reto Deschwanden
(CVP)

Gesamtabstimmung:

Der Bericht und Antrag Nr. 1386 wird einstimmig genehmigt.

2. B+A Nr. 1385 Entlastungskanal Allmend

Eintreten GPK

Der Entlastungskanal ist die letzte wichtige Massnahme für den Hochwasserschutz für Horw. Die Gemeinde drängte seit längerem auf eine frühere Realisierung. Diese wäre zusammen mit dem Kreisel sicher einfacher und der Einfluss auf die Erstellungskosten positiv gewesen. Andere Stellen (Stadt Luzern, Kanton Luzern) haben dies jedoch verhindert. Aus Sicht der GPK ist das vorliegende Projekt sinnvoll und sorgt für die Sicherheit von Horw. Die Kosten sind im B+A transparent und ersichtlich aufgeführt. Der Anteil von Horw beträgt 70 %, der von Kriens 30 %. Der Finanzierungsanteil der Gemeinde Kriens wurde durch ein neutrales Gutachten fixiert. Grundsätzlich gibt es keine eindeutige, rechtliche Grundlagen, nach der Kriens verpflichtet werden könnte, einen Beitrag an den Kanal zu bezahlen, auch wenn alles Wasser von deren Gemeindegebiet kommt. Die Stadt Luzern bezahlt keinen Beitrag an das Projekt, es ist aber wichtig, die Zustimmung der Stadt Luzern zu bekommen, weil der Kanal auf Stadtgebiet gebaut wird. Auf Wunsch der Stadt wird der Kanal in seiner Position noch etwas in Richtung Strasse verschoben. Dies hätte gemäss Aussage von Herrn Remigi Niederberger auf die Kosten keinen Einfluss. Subventionen sind leider keine zu erwarten, weil das Projekt nicht unter Hochwasserschutz, sondern unter Siedlungsentwässerung eingestuft wird. Die Finanzierung erfolgt über die Spezialfinanzierung. Nach Vorliegen der Schlussrechnung wird der Entlastungskanal beim Anlagevermögen der Siedlungsentwässerung aktiviert und linear mit 2 % als jährlicher Abschreibungsbedarf der Spezialfinanzierung belastet. Die

Beat Imboden (FDP)

GPK ist für Eintreten und Zustimmung der Anträge des Gemeinderates.

Eintreten BVK

Der geplante Entlastungskanal ist das letzte Element des Hochwasserentlastungskonzepts der Gemeinde Horw. Die technische Ausgestaltung erscheint uns sinnvoll. Der Kanal kann aufgrund des schwachen Gefälles zum Rückhaltebecken Allmend sowohl als Entlastung des Hochwassers aus Kriens wie auch aus dem Gebiet der Allmend dienen. Aufgrund der Querschnitte der verschiedenen Abflusskanäle ist sichergestellt, dass das Fassungsvermögen des Dorfbaches auch in ungünstigen Situationen nicht überschritten wird.

Wir haben zwei Anmerkungen und zwar zur Differenz der aktuellen Kosten von 1.1 Mio. Franken gegenüber dem ursprünglichen Budget von Fr. 836'000.00. Wie Frau Bernasconi erklärt, beruht das Budget auf einer ungefähren Schätzung und die Differenz ist deshalb erklärbar. Der Kostenteiler mit Kriens war auch noch nicht ganz fest, Frau Bernasconi hat aber gesagt, dass eine mündliche, vielleicht inzwischen auch die schriftliche Zusage vom Gemeinderat Kriens vorliege. Dass der Kanal etwas weiter an die Ringstrasse gebaut wird, hat für uns keine finanziellen Folgen. Die BVK ist einstimmig für Eintreten auf den B+A Nr. 1385.

Eintreten CVP

Wenn die Kostenzusage des Gemeinderates Kriens schriftlich vorliegt, sind wir einstimmig für Eintreten.

Eintreten SVP

Der Bau des Entlastungskanal wäre einiges günstiger gewesen, wenn man diesen schon vorher, in Zusammenarbeit mit Luzern beim Bau des Kreisels gemacht oder den Anschluss direkt vorgenommen hätte. Wir sind für Eintreten und werden in der Detailberatung noch eine Anmerkung machen.

Eintreten FDP

Der Entlastungskanal ist unumstritten und der letzte Stein des Puzzles "Hochwasserschutz der Gemeinde Horw". Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass es keine Zuschüsse vom Kanton gibt. Weiter haben wir zur Kenntnis genommen, obwohl der Kanal auf Luzerner Boden erstellt wird, es keine Kostenbeteiligung von Luzern gibt. Geplant gewesen wäre, den Entlastungskanal bereits mit dem Bau des Kreisels Allmend zu verwirklichen, kantonale Amtsstellen waren mit Ihren Klärungen im Hintertreffen, so dass ein Bau erst jetzt möglich ist. Offene Fragen die aus dem B+A nicht ersichtlich sind und noch durch den Gemeinderat zu beantworten sind:

- Der Querschnitt im Normprofil 2 ist im Beschrieb und Situationsplan NP2- Querschnitt mit 2.80 x 0.90 m angegeben und im Situationsplan im Teilstück NP2 ab m 100 bis m 160 mit einem Querschnitt von 2.80 x 80 cm angegeben. Was ist korrekt?
- Es ist beabsichtigt, den Kanal als Rückstauvolumen zu benützen. Dies führt zu Sandablagerung im Kanal. Im abgegebenen Planmaterial (Situationsplan) sind aber keine Kontroll-/ Putzöffnungen eingezeichnet. Oder muss der Kanal gar nicht gereinigt werden?
- Gibt es eine Restwasserrinne im Kanalboden? (Im aufgezeichneten Querschnitt fehlt eine solche).

Es wurde uns mitgeteilt, dass auf Wunsch von Luzern, der Kanal noch etwas Richtung Luzern verschoben werde. Jeder Meter mehr Richtung Luzern hat zur Folge, dass dieser Fr. 10'000.00 kostet. Die FDP ist für das Eintreten und Zustimmung zum B+A.

Jürg Luthiger (CVP)

Rita Sommerhalder
(CVP)

Erhard Kälin (SVP)

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Eintreten L2O

Der B+A zeigt auf ausführliche Weise die Notwendigkeit für den Bau des Entlastungskanals Allmend. In den letzten Jahren sind diverse Bauwerke erstellt worden, um bei starken Regenfällen den Dorfbach zu entlasten und somit Überschwemmungen zu verhindern. Massnahmen haben dazu beigetragen, dass grössere Überschwemmungen vermieden werden konnten. Trotz den Massnahmen, die dem Konzept über die Korrektur zum Dorfbach und seinen Zuflüssen entsprechen, gibt es im Siedlungsgebiet von Horw bei sehr starken Regenfällen immer wieder Überschwemmungen, die auch zu Schäden führen können. Der Bau des geplanten Entlastungskanals Allmend soll ermöglichen, dass bei kritischen Regenereignissen das Wasser direkt in das Rückhaltebecken Allmend geleitet werden kann. Somit können Rückstauprobleme und Überschwemmungen im Siedlungsgebiet Horw vermieden werden. Die Hochwassergefahr entlang des Dorfbachs kann so weiter entschärft werden. Es wäre von Vorteil, wenn der Kanal möglichst bald realisiert würde, das Bauvorhaben auf der Allmend könnte sonst ggf. zu Verzögerungen führen. Die Finanzierung des Projekts ist klar ausgewiesen und die Kosten werden zu 70 % von der Gemeinde Horw und zu 30 % von der Gemeinde Kriens getragen. Die L2O möchte das Bauvorhaben realisieren und der vorgeschlagenen Finanzierung zustimmen. Die L2O ist für Eintreten und Genehmigung des B+A.

Rita Wyss (L2O)

Die Massnahme ist ein sehr wichtiger Teil des Hochwasserkonzepts und bringt uns die Entlastung, auf die wir schon seit Jahren warten. Die schriftliche Kostengutsprache des Gemeinderates Kriens ist eingetroffen und lautet: "Das Projekt Entlastungskanal Allmend wird genehmigt. Dem Kostenverteiler zwischen Horw und Kriens im Verhältnis von 70 % zu 30 % wird zugestimmt."

Manuela Bernasconi (CVP)

Zu den Fragen der FDP:

Die Mehrkosten für den Wunsch der Stadt Luzern, den Kanal näher an die Ringstrasse zu legen, betragen Fr. 9'000.00. Es ist eine normale maschinelle Reinigung vorgesehen, Kontrollschächte sind geplant. Der Rückstau ist aus heutiger Sicht kein Problem, der Auslauf ist auch mit einem Gitter gesichert (Kindersicherung und damit nicht Gegenstände hineinlaufen können). Man könnte später auch noch Rückstauklappen einbauen.

Ist es nicht so, dass der Einwohnerrat Kriens das Budget zurückgewiesen hat? Wenn es heisst, die Zahlung kann nur mit einem geeigneten Budget ausgelöst werden, kann es möglicherweise sein, dass bei einem revidierten Budget keine Zahlung mehr aus Kriens zu erwarten ist. Oder wird das dann mit einem Gemeinderatskredit gelöst?

Roger Jenni (FDP)

Kürzungen im Budget von Kriens wurden vorgenommen, es wurde aber nicht zurückgewiesen und ist daher genehmigt.

Manuela Bernasconi (CVP)

Das Budget von Kriens wurde genehmigt, aber es ist das Referendum ergriffen worden und es wird eine Volksabstimmung geben.

Robert Odermatt (SVP)

Detailberatung:

Es nützt nichts, wenn wir einen super Kanal bauen und es nachher bei der Bedienung sein lassen. und der Schlüssel vom Schieber z.B. in Luzern ist. Darum stellt die SVP den Antrag für folgende Bemerkung: "Die Gemeinde Horw regelt die Zuständigkeit für das Bauwerk, insbesondere für den Schieber beim Anfang des neuen Entlastungskanals und den Schieber beim Rückhaltebecken Allmend. Sie stellt sicher, dass die Gemeinde Horw jederzeit die zwei Schieber bedienen kann."

Erhard Kälin (SVP)

Ich würde gerne vom Gemeinderat hören, wie umsetzbar der Antrag ist, was für Konsequenzen er hat und ob der dem Antrag zustimmend oder ablehnend gegenübersteht.

Roger Jenni (FDP)

Wir können sicher zustimmen, dass wir die Bedienung und die Zuständigkeit regeln. Aber es wird nie so sein, dass jemand von uns dort hingehet und herumschraubt, wenn ein Gewitter kommt. Es ist ein Gesamtsystem bei dem man wissen muss, was für Auswirkungen es hat, wenn man an einem Ort einen Schieber schliesst. Die Einstellungen basieren auf hydraulischen Berechnungen für das Gesamtsystems und nicht nur für einen Kanal. Es ist selbstverständlich, dass eine Checkliste für die Bedienung und Zuständigkeit zu erstellen ist.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Wir sind ja dann die Geschädigten und es kann nicht sein, dass irgendwo der Schlüssel oder die Verantwortung delegiert ist, sondern wir müssen ja die Verantwortung wahrnehmen und müssen auch dementsprechend die Möglichkeiten haben, einzugreifen. Ich denke, die Feuerwehr wäre ganz sicher die richtige Institution, um bei Unwettern ein Auge auf den Entlastungskanal zu werfen und allenfalls einzuschreiten. Es kann nicht sein, dass man erst nach Luzern anrufen müsste, dass jemand kommen muss, um den Schieber zu betätigen.

Erhard Kälin (SVP)

Vorschlag für die Formulierung der Bemerkung:
Die Gemeinde Horw regelt die Zuständigkeit und der Gemeinderat setzt sich für die Interessen der Gemeinde ein.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Herr Kälin, sind Sie mit der Formulierung der Bemerkung einverstanden?

Reto Deschwanden
(CVP)

Im Grundsatz schon, dass die Verantwortung bei der Gemeinde ist und diese die Feuerwehr allenfalls beauftragen kann.

Erhard Kälin (SVP)

Abstimmung über die Bemerkung:

Die Gemeinde Horw regelt die Zuständigkeit und der Gemeinderat setzt sich für die Interessen der Gemeinde ein.

Reto Deschwanden
(CVP)

Die Bemerkung wird mit 24:0 Stimmen gutgeheissen.

Der Querschnitt im Normprofil 2 ist im Beschrieb und Situationsplan NP2- Querschnitt mit 2.80 x 0.90 m angegeben und im Situationsplan im Teilstück NP2 ab m 100 bis m 160 mit einem Querschnitt von 2.80 x 80 cm angegeben. Was ist korrekt?

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Der Querschnittsplan wurde neu erstellt und ich nehme an, der ist korrekt.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Abstimmung:

1. Der Bau des Entlastungskanals Allmend wird beschlossen.
Der Bau des Entlastungskanal wird einstimmig beschlossen.
2. Es wird ein Kredit von Fr. 1'467'000.00 (exkl. MwSt.) bewilligt.
Der Kredit von Fr. 1'467'000.00 wird einstimmig bewilligt.
3. Der vorgeschlagenen Finanzierung wird zugestimmt.
Der vorgeschlagenen Finanzierung wird einstimmig zugestimmt.
4. Die Zustimmung durch die zuständigen Organe der Gemeinde Kriens bleibt vorbehalten.
Dem Vorbehalt der Zustimmung durch die zuständigen Organe der Gemeinde Kriens wird einstimmig zugestimmt.

Reto Deschwanden
(CVP)

Gesamtabstimmung:

Der Bericht und Antrag Nr. 1385 wird einstimmig genehmigt.

3. Dringliche Motion Nr. 261/2008 von Thomas Zemp, CVP: Optimierung des Finanzhaushaltes der Gemeinde Horw

Die Aussage der Motion ist, dass wir in der Gemeinde Horw, im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden, in allen Funktionen über Jahre hinweg wesentlich höhere Nettobelastungen pro Einwohner haben. Man kann daraus ableiten, wo mehr Geld vorhanden ist, wird auch mehr ausgegeben. Die Zahlen, die der Motion zu Grunde liegen, stammen vom Amt für Statistik Luzern. Man kann beim Amt für Statistik auch nachlesen, für was die Zahlen erhoben werden und was diese aussagen. Ich zitiere: "Mit der Gemeinde-Finanzstatistik werden wichtige Informationen der Finanzhaushalte der Gemeinden in vergleichbarer, konsolidierbarer Form dargestellt. Die Gemeinde-Finanzstatistik erfüllt insbesondere folgende Informationsbedürfnisse: Sie liefert den kommunalen und kantonalen Instanzen Entscheidungsgrundlagen für die Prioritätensetzung auf der Ausgaben-seite, sie zeigt die Finanzierungsstruktur der Gemeinden, sie erlaubt eine Beurteilung der Lastenverschiebungen zwischen kantonalen und kommunalen Haushalten, sie bildet die Grundlage für eine Beurteilung der Finanzlage der Gemeindehaushalte, sie bildet die Grundlage für den Vollzug des kantonalen Finanzausgleichs. LUSTAT Statistik erhebt seit 1992 jährlich Daten zur Verwaltungsrechnung aller Einwohner- und Bürgergemeinden. Die Gemeinde-Finanzstatistik ist als Individualdatenerhebung konzipiert, die kleinste Informationseinheit ist der Jahresendsaldo jedes einzelnen Kontos der Gemeinderechnung." Zudem werden noch Angaben zum Kontenplan gemacht, der im Kanton Luzern harmonisiert ist und an den sich alle Gemeinde halten müssen. Umso erstaunter war ich, als ich in der NLZ die Aussage des Sprechers des Gemeinderates gelesen habe, dass das nicht einmal ein Vergleich zwischen Äpfeln und Birnen, sondern zwischen der Spielwaren- und der Kleiderabteilung sei. Mit der Aussage will der Sprecher des Gemeinderates sagen, dass die Erhebungen des Amtes für Statistik alle nichts wert sind. Ich war über die Aussage erstaunt. Auf der einen Seite zeigt das die Meinung des Gemeinderates, es zeigt aber auch die Haltung des Gemeinderates gegenüber so einem Vorstoss. Ich habe den Eindruck, der Vorstoss zeigt auf, dass ein grosses Potenzial vorhanden ist und man daraus entsprechend einen Handlungsbedarf für Horw ableiten kann und muss. Ich bitte Sie darum, die Motion zu überweisen.

Thomas Zemp (CVP)

Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Der Motionär geht davon aus, dass das Dienstleistungs- und Infrastrukturanangebot der umliegenden Gemeinden mit demjenigen der Gemeinde Horw vergleichbar ist und unter der Voraussetzung ein enormes Effizienz-Steigerungspotenzial hat. Der Gemeinderat wird beauftragt, den Finanzhaushalt und die Organisation unserer Gemeinde grundlegend zu hinterfragen, Ursachen für die Mehrkosten zu analysieren, Optimierungspotenzial zu bestimmen und aufzuzeigen und dazu auch Effizienzsteigerungen zu realisieren. Das Ergebnis soll dem Einwohnerrat in Form eines Planungsberichtes im nächsten Jahr dargestellt werden.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Die Motion rennt offene Türen ein, der Gemeinderat ist schon seit längerer Zeit auf dem Gleis. Auf Seite 7 des Finanz- und Aufgabenplans können Sie beispielsweise als Massnahme lesen: "Die Leistungen der Gemeinde sollen überprüft und wo erforderlich, angepasst werden." Mit Einführung der Kostenrechnung sind wir ebenfalls auf der Schiene. Mit den Sparmassnahmen, die im Finanz- und Aufgabenplan im Anhang aufgeführt sind, haben wir aufgezeigt, wo der Gemeinderat gewillt ist, gewisse Wünsche nicht einfach entgegenzunehmen und umzusetzen, sondern bewusst diskutiert, abgeklärt, zurückgestellt oder sogar gestrichen hat. Mit der Leistungserfassung des gesamten Per-

sonals seit dem 1. Oktober 2008 haben wir ebenfalls eine Handhabung, mit der wir zukünftig Prozesse ablesen, beurteilen und Lücken und Fehler feststellen. Ein konkreter Leistungsvergleich mit anderen Gemeinden fehlt heute, das kann auch das Amt für Statistik nicht korrigieren. Gerade aus dem Grund möchte der Kanton und die teilnehmenden Gemeinden die Kostenrechnung einführen, um zukünftig einen Benchmark machen zu können. Es wäre heute tatsächlich noch ein Vergleich von Äpfeln und Birnen, ich stehe zu der Aussage, und sage Ihnen einige Beispiele. Der Gemeinderat möchte Optimierungspotenzial finden, er will auch wissen, warum und wo konkret Handlungsbedarf vorhanden ist. Entscheidend wird auch die Definition der angestrebten Leistungsstandards sein und da hat die Gemeinde ein wenig andere Vorstellungen. Einheitliche Leistungsstandards unter den Gemeinden oder unter den Agglogemeinden machen auch wenig Sinn und würden wahrscheinlich der Gemeindeautonomie widersprechen. Wir haben das Signal der Motion erkannt, können dies bestätigen und unterstreichen es auch mit der eingeschlagenen Marschrichtung. Die Behandlung des Vorschlags 2009, der auf der Basis der Kostenstellen erstellt wurde, wird zeigen, wie detailliert die Finanzausgaben künftig ausgewiesen werden sollen und welche zusätzlichen Informationen der Einwohnerrat für die strategisch politische Führung braucht. Je detaillierter die Finanzausgaben sind, desto mehr bewegt sich der Einwohnerrat in der operativen Umsetzung oder Leistungserbringung. Die Erarbeitung von konkreten Leistungsaufträgen, im Kontext mit der Kostenrechnung, stehen bei uns sicher im Vordergrund. Das kann einerseits ein Dauerauftrag mit Standarddienstleistungen sein, andererseits Zusatzleistungen, die die Gemeinde Horw anbieten möchte und was wir von diesen erwarten. Ist es ein "nice to have", traditionell oder ist es Marketing, das unsere Gemeinde besser und gezielter verkaufen soll. Die Zusatzleistungen müssen im Leistungsauftrag explizit aufgeführt werden und mit den vorhandenen politischen Instrumenten bereinigt werden. Es wird also im nächsten Jahr eine intensive politische Auseinandersetzung im Zusammenhang mit den zukünftigen Finanz- und Aufgabenplänen und dem Planungsbericht stattfinden. Ein paar Beispiele zu den Zahlen, mit denen ich Ihnen aufzeigen möchte, wie schwierig ein Vergleich ist, aber auch wie wichtig es ist, Abklärungen und Analysen vorzunehmen: Im Bereich der allgemeinen Verwaltung hat die Gemeinde Ebikon mit Fr. 283.00 die niedrigste Zahl gegenüber Fr. 446.00 der Gemeinde Horw. Ein Punkt ist, das Ebikon keinen Einwohnerrat hat. Was aber noch viel wichtiger ist, das Verwaltungsgebäude findet man nicht in der Zahl und ich frage mich, wo Ebikon mit einem neuen Gemeindehaus eine Nettobelastung von Fr. 9.00 haben soll und wir eine von Fr. 29.00. Bei der öffentlichen Sicherheit ist Emmen recht gut dran, Horw hat fast das Doppelte. In der Zwischenzeit haben wir kein Betreibungsamt mehr, wir werden da also eine Kostenoptimierung von Fr. 12.00 haben. Im Bereich Bildung ist Emmen mit Fr. 990.00 pro Kopf der Krösus. Wir fragen uns, warum Emmen keine Sonderschulen ausgewiesen hat. Welche zusätzlichen Leistungen bieten wir in Horw tatsächlich an, die das Ganze verteuern? Wie ist die Organisation der Schulpflege, Bildungskommission, Schulleitung, Schulverwaltung usw.? Der Bereich Kultur und Freizeit, ganz sicher einer der schwierigsten zu vergleichenden Bereiche, weil es sich um ein Sammelsurium handelt. Wir haben da zum Teil Werkhofdienstleistungen drin, andererseits sind in dem Bereich aber auch Sachen wie der Blickpunkt, ein beliebtes Medium in der Bevölkerung, und unser sehr guter Internetauftritt enthalten. Beim Bereich Gesundheit fragen wir uns bei der Gemeinde Kriens, ob das Pflegeheim tatsächlich einen Überschuss realisiert. Wie ich in der Presse gelesen habe, hat man jetzt von fast einer halben Million Zuschuss für die Pflegeheime gesprochen. Im Vergleich 2006 stand Horw speziell schlecht da, das war gerade nach der Umbauphase, inzwischen hat sich das Defizit halbiert. Im Bereich Verkehr, wo Adligenswil der Krösus ist, nehme ich an, dass dort ein Postauto ist, sicher keine Eisenbahn und auch nicht das Angebot wie Horw.

Die Leistungsstandards sind nicht unbedingt mit denen der umliegenden Gemeinden vergleichbar. Wir müssen mit vertiefteren Abklärungen feststellen können, wo tatsächlich die Unterschiede sind. Eine Vielzahl der Leistungen schlagen sich natürlich in den

Kosten nieder und zeigen damit auch die Notwendigkeit so einer Analyse. Der Gemeinderat wird den Terminplan wie folgt erstellen: Bei der Klausurtag soll der Auftrag konkretisiert und formuliert werden. Wir werden nicht darum herumkommen, den Auftrag an eine externe Stelle zu vergeben, auch die Projektleitung, damit eine neutrale Beurteilung der Situation vorgenommen werden kann. Es ist mit Kosten zwischen Fr. 100'000.00 und Fr. 200'000.00 zu rechnen, auch intern werden wir Ressourcen freistellen müssen. Wir sind uns der Wichtigkeit der Motion bewusst und nehmen diese entgegen.

Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Es wird Diskussion verlangt.

Reto Deschwanden
(CVP)

Der Gemeinderat hat jetzt bei einzelnen Gemeinden einzelne Positionen herausgeplückt und gesagt, warum diese günstiger sind oder Horw teurer. Es gibt aber auch Bereiche, wo wir günstiger sein könnten und andere Gemeinden teurer, diese aber trotzdem niedrigere Ausgaben haben als Horw. Ich nenne als Beispiel das Museum Bellpark, das sich Kriens leistet und trotzdem immer noch günstiger ist. Wenn für Horw die Nettobelastung bei einer Funktion höher wäre, wäre das noch erklärbar, es ist aber über sämtliche Funktionen so und somit im System grundsätzlich etwas falsch. Die Zahlen sind vom Statistischen Amt und nach wissenschaftlichen Kriterien ausgewertet und diese anzuzweifeln, ist wahrscheinlich ein letzter Befreiungsschlag des Gemeinderates. Das Statistische Amt muss auch gesicherte Zahlen nach Bern liefern und wenn die nicht mehr seriös und genau arbeiten, dann müsste man sämtliche Statistiker in unserem Kanton und beim Bund entlassen. Ich möchte Sie also bitten, den Zahlen zu vertrauen, die stimmen auf jeden Fall und sind auch vergleichbar, die Vergleichbarkeit ist ja genau das Ziel des Amtes für Statistik. Ich bitte Sie auch, nicht einfach einzelne Funktionen herauszunehmen und dort wiederum einzelne Positionen von anderen Gemeinden, sondern das Ganze über das Gesamte zu vergleichen. Ich bitte Sie, der Entgegennahme der Motion nicht zu opponieren. Eine seriöse Prüfung ist zum Wohl der ganzen Gemeinde. Sie haben es gesagt, es ist seit Jahren im Finanz- und Aufgabenplan und jetzt werden Sie konkret beauftragt.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Ich bitte Sie, die Motion aus zwei Gründen nicht zu überweisen, evtl. kann Herr Zemp noch einen Grund aus dem Weg räumen. In der Motion wird verlangt, dass Massnahmen, die zu einer Kostenreduktion ohne massgeblichen Leistungsabbau führen, sofort umzusetzen sind. Nach unserer Geschäftsordnung kann eine Motion das gar nicht verlangen. Man kann nur den Erlass, die Änderung oder Aufhebung der Gemeindeordnung verlangen, Reglemente oder Beschlüsse, die in die Zuständigkeit des Rates fallen, besondere Planungsberichte, das möchte man hier und das ist korrekt, oder besondere Rechenschaftsberichte verlangen. Die Motion ist also formal nicht überweisbar. Ich bitte den Motionär, allenfalls eine teilweise Überweisung anzustreben. Noch eine Bemerkung zur Statistik: In der Steuerdebatte hat es geheissen, wir möchten uns mit Meggen vergleichen, jetzt möchten wir uns plötzlich nicht mehr mit Meggen vergleichen. Haben Sie sich schon einmal überlegt, dass vielleicht die besseren Dienstleistungsangebote einer Gemeinde auch eine Rolle spielen können, damit soviel eingenommen werden kann? Oder wenn man es statistisch belegen will, kann ich mit den gleichen statistischen Daten belegen, dass grössere Ausgaben zu einem tieferen Steuerfuss führen. Fügen Sie in Gedanken einfach eine Spalte mit dem jeweiligen Steuerfuss hinzu. Jetzt muss man sich nur noch die Daten von Meggen und Horw anschauen und schon ist der Beleg erbracht, dass, wer mehr ausgibt, einen tieferen Steuerfuss hat. Im zweiten Teil der Statistik halte ich es mit Herrn Helfenstein, eine Auswertung pro Kopf macht nicht in allen Sparten Sinn. Bildungsauslagen hängen z.B. von den Schülerzahlen ab und nicht von der Gesamtkopfzahl, Verkehrskosten von der Grösse des Strassennetzes und den Anschluss an den öffentlichen Verkehr. Wir leisten uns auch den Luxus eines Parlamentes. Gehen wir doch seriös vor, halten uns an unsere eigene Geschäftsordnung und

Konrad Durrer (L20)

überweisen die Motion so nicht.

Wir möchten jetzt nicht über einzelne Zahlen diskutieren, wir möchten auch nicht alles in Frage stellen. Was Herr Durrer gesagt hat, ist nicht ganz von der Hand zu weisen, wir müssen aber die Stossrichtung der Motion anschauen. Wenn die Motion offene Türen einrennt, warum hat man dann nicht schon längst Massnahmen ergriffen? Man sagt, dass eine Untersuchung gemacht werden müsse und offenbar durch aussenstehende Leute, damit wir eine neutrale Beurteilung hätten. Wir möchten keine neutrale Beurteilung, sondern wir möchten eine Beurteilung von unserem Finanzdepartement zusammen mit den anderen Gemeinderatsmitgliedern. Es sollte möglich sein, dass die Verwaltungsabteilung unserer Gemeinde, die sich mit der Materie befasst, auch in der Lage ist, eine Analyse zu machen und zwar eine Analyse, die selbstverständlich auch neutral sein soll, nämlich neutral dem Rat gegenüber. Seit ich in Horw in der Politik bin, ist eine gängige Wendung, was auch immer an Wünschen und Bedürfnissen an die Gemeinde herangetragen wurde, man hat immer gesagt, Horw "vermag" das. Wir fordern den Gemeinderat auf, dass er mit dem gebotenen Ernst und der gebotenen Neutralität an die Aufgabe herangeht und zwar möglichst schnell. Ich bin überzeugt, man wird in den Ordnern Belege finden, wo das Geld nicht ausgegeben worden wäre, wenn es Ihr persönliches gewesen wäre und in dem Sinn müssen wir es auch anschauen. Steuergelder sind nur dort einzusetzen wo es notwendig, nicht wo es wünschbar ist und wo es einen direkten Nutzen hat.

Alwin Larcher (SVP)

Ich möchte den Gemeinderat bitten, den Ratschlägen von Herrn Larcher nicht vollumfänglich zu folgen. Die Anregung, eine externe Beratung hinzuzuziehen, muss man unbedingt befolgen. Mit der Zeit wird man "betriebsblind" und da schadet es nicht, wenn extern jemand Erfahrungen in anderen Gemeinden gemacht hat und Anregungen und Ideen hat, was man hinterfragen könnte. Wir wissen aus der Geschichte, dass es dem Gemeinderat nicht immer in den Sinn gekommen ist, was man optimieren oder einsparen könnte, das kommt vielleicht einem externen Berater in den Sinn. Entscheiden werden letztendlich wir im Rat.

Roger Jenni (FDP)

Ich denke nicht, an der Motion irgendetwas abzuändern, es ist selbstverständlich, wenn etwas darin steht, was nicht gültig oder rechtlich ist, dann ist es halt nicht gültig. Das schnelle Umsetzen hätte aber durchaus auch Auswirkungen auf das Budget, und das ist wieder ein Geschäft, was da bei uns auf dem Tisch liegt.

Thomas Zemp (CVP)

Zu "offene Türen einrennen": Es ist schön, wenn man das hört, mir fehlt nur einfach der Glaube. Ich schaue die Zahlen und die Finanzpläne schon lange an und beim jetzigen Finanzplan sehe ich dort nur ein Ausgabenwachstum. Ich sehe nicht irgendwo ganz konkret, wo man sagen könnte, da ist eine Effizienz- oder Effektivitätssteigerung vorgenommen worden. Das sieht man seit Jahren nicht und darum habe ich auch die Motion gemacht, weil ich das Gefühl habe, es verändert sich nichts.

Zur Sinnhaftigkeit von pro Kopf-Angaben usw. Es ist klar, dass es in der Bildung viele andere Basiswerte gibt, die man nehmen kann, aber schauen Sie diese an. Beim Regierungsstatthalter können Sie explizit die Bildungskosten herunterladen und es ist interessant, auch die Statistik zeigt genau das gleiche Bild. Auch dort sind wir überall, sei es pro Schüler oder pro Klasse, wir sind teurer als die anderen. Das rundet das Bild einfach ab. Ich bin auch der Meinung, dass man eine vertiefte Analyse machen muss, wo das Problem liegt und was man dagegen machen kann. Aber umso erstaunlicher ist es ja, dass der gleiche Gemeinderat im Bericht der NLZ schon von Anfang an sagen kann: "Wir sehen Potenzial, aber nicht in diesen astronomischen Höhen." Das zeigt eine Haltung, bei der ich das Gefühl habe, dass die Motion in den Inhaltspunkten zuwenig ernst genommen wird.

Es wurde jetzt verschiedene Male der Gesamtgemeinderat angesprochen und ich erlaube mir darum, auch noch das Wort zu ergreifen.

Markus Hool (FDP)

Wir reden nicht nur über Zahlen, wir reden über mehr. Es geht auch ums Image und insbesondere wenn ich den Bericht lese bereitet es mir im Moment sehr viel Sorgen, wenn es heisst, dass mit effizienterem Arbeiten in Horw zwischen 3.75 Mio. und 7.5 Mio. Franken jährlich gespart werden könnten und es gehe nicht um Leistungsabbau, sondern um Effektivität und Effizienz. Ich muss sagen, das ist wirklich eine sehr schwierige Darstellung. Was bereits gesagt wurde, dass wir das annehmen, aufnehmen und schon selber einsteigen wollen, das kann ich wirklich bestätigen, das ist die Meinung des Gemeinderates. Es ist für uns auch ganz wichtig, dass man wieder einmal über all die freiwilligen Leistungen spricht. Wir werden die Arbeit machen, wir zweifeln auch die Daten, die einfach nüchtern, ohne Interpretation aufgearbeitet wurden, überhaupt nicht an. Man kann aber aus den Daten dieses oder jenes herausinterpretieren und wir haben jetzt auch das eine oder andere Argument gehört. Ich mache Ihnen, mit genau den gleichen Datensätze, die Herr Zemp verwendet hat, ein Beispiel zur Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinden 2006. Wenn man schaut, wieviel Ertrag die einzelnen Gemeinden pro investierten Franken generieren können. steht Meggen am besten da, dann kommen Luzern, Horw und dann die anderen Gemeinden. Das ist auch eine Interpretation, da können wir sagen, einen Podestplatz haben wir schon, also ist alles paletti. Ist es natürlich genau so wenig, wie man auch Ihre Darstellung nicht als Kriterium anschauen kann. Man sieht, dass man aus Daten Verschiedenes machen kann, wir möchten und müssen das im Detail anschauen. Ich kann Ihnen aber sagen, dass das nicht nur ein Job von uns sein wird, auch Sie werden Stellung beziehen müssen, vielleicht wird es noch weiter gehen, dass auch die Bevölkerung zu dem einen oder anderen Thema sagen wird, was sie wirklich möchte. Das Problem, das möchte ich wirklich klarstellen, ist sicher nicht primär, dass auf Seite der Verwaltung nachlässig gearbeitet wird. Es gibt immer Optimierungsmöglichkeiten, wir werden sicher auch anschauen, wo wir uns besser organisieren und die Abläufe verbessern können und daraus wird es Massnahmen geben. Aber das sind definitiv nicht die 3.75 Mio. oder 7.5 Mio. Franken und darum sind der Zeitungsbericht und die Schreiben, die sonst noch im Dorf zirkulieren, eine absolute Katastrophe und eine Beleidigung für all das Personal, das sich tagtäglich für die Bürgerinnen und Bürger von Horw einsetzt. Auch all die freiwilligen Leistungen, die Horw anbietet, haben wir nicht selber erfunden, die sind im Verlauf der Zeit entstanden und ich behaupte, dass 3/4 oder noch mehr hier im Rat entschieden wurden, d.h. Sie tragen die Mitverantwortung, dass diese getroffen und umgesetzt wurden. Darum sage ich auch, dass Sie einbezogen werden müssen und das geht nicht locker vom Hocker, das ist ein politischer Prozess und wir können jetzt gemeinsam beschliessen, dass wir den gehen möchten. Selbstverständlich ist die Tendenz da, das haben Sie richtig gesagt Herr Zemp, es wird immer ein wenig höher, das ist aber im System und darum muss man von Zeit zu Zeit wieder einmal über die Bücher und sagen, ob wir uns das wirklich noch leisten möchten oder nicht. Ich mache Ihnen einige Beispiele: Wir haben Anfang des Jahres vom Schulhaus Biregg gesprochen, ein paar hunderttausend Franken pro Jahr, Sie haben zu Null zugestimmt. Wir haben über das Energieprogramm gesprochen, mehrere zehntausend Franken pro Jahr, Sie haben zugestimmt, zur EDV-Einführung in der Schule haben wir Ja gesagt. Das hat nicht nur in den vergangenen Jahren Kosten verursacht, sondern das alles hat auch Folgekosten. Wir bieten in Horw einen Zweijahreskindergarten an, andere Gemeinden haben das nicht. Darüber kann man reden, wir sind der Meinung, dass das gut und wichtig für uns ist und dann müssen wir auch dazu stehen. Oder wir kommen zu einer anderen Meinung und sagen Nein, das können und wollen wir uns nicht mehr leisten, dann wird es abgeschafft. Genau den Prozess müssen wir jetzt beginnen und was ich Ihnen noch einmal sagen möchte, es ist nicht einfach eine Schlaperei der Gemeindeverwaltung. Definitiv nicht. Ich habe jetzt das Wort benutzt, weil es auch in einem Schreiben steht, das zirkuliert. Wir sind primär die, die umsetzen und Sie sind die, die sagen, was wir tun müssen und mit fast allen Entscheidungen

gen, die Sie treffen, generieren Sie Kosten. In dem Sinn bin ich ein wenig enttäuscht über die Darstellung, die in meinen Augen tendenziös ist, auch irreführend und suggeriert, es sei primär etwas, das man eigentlich sehr schnell vom Tisch wischen kann, es sei nur der Gemeinderat und die Verwaltung, die jetzt etwas richtig machen müssen, das vorher falsch gelaufen ist. Wenn es so eine Schlaperei wäre, wie Sie es darstellen, muss ich fragen, wieso kommen Sie erst jetzt? Wenn das schon jahrelang so ist, wieso hat man nicht schon vor ein paar Jahren interveniert? Wir haben scheinbar 7.0 Mio. Franken Einsparpotenzial, nur schon über ein Legislatur ergibt das eine Riesenzahl. Wieso hat man nicht früher, wenn es so einfach ist, irgendwo probiert, den Riegel vorzuschieben? Ich möchte Ihnen sagen, wir gehen gemeinsam den Prozess, aber das ist nicht etwas, das nur bei uns ansteht, es wird auch Sie betreffen.

Ich stelle den Antrag auf Ablehnung der Motion. Nicht, weil ich grundsätzlich gegen die Motion bin, sondern weil mir der von Herrn Durrer angesprochene Satz "Massnahmen zur Kostenreduktion ohne massgeblichen Leistungsabbau sind sofort umzusetzen" nicht des Rates würdig erscheint. Hier im Einwohnerrat wird sonst über kleinere Beträge lange debattiert und hier will man der Verwaltung den Freipass zuspieren, um zu beurteilen, ohne massgeblichen Leistungsabbau Massnahmen sofort umzusetzen. Die Verantwortung liegt bei uns und wir müssen entscheiden, was massgeblich ist und was nicht und was sofort umgesetzt oder reduziert werden soll.

Wir haben einen Antrag von Herrn Durrer und Herrn Stalder auf Ablehnung der Motion.

Ich habe auch gewisse Bedenken. Das Anliegen selber trifft völlig ins Schwarze und ich glaube, da hat der Motionär die Unterstützung des gesamten Rates. Ich habe die Bitte an den Motionär, dass das Wort "sofort" gestrichen wird, dann kann ich das Anliegen des Motionärs vollumfänglich unterstützen. Eine sofortige Reaktion kann manchmal auch zur Folge haben, dass es im Nachhinein betrachtet, die falsche war und um eine falsche Reaktion zu berichtigen, hat man unter Umständen mehr Folgekosten, als die Ersparnis ausmacht.

Ich kenne die politischen Forderungen und weiss, was die politische Idee, die in dem Satz "Massnahmen zur Kostenreduktion ohne massgeblichen Leistungsabbau sind sofort umzusetzen" steht, ist. Ich kenne aber auch die Konsequenzen, wie die Verwaltung damit umgehen könnte. Leistungsabbau können wir vielleicht nur bedingt vornehmen, wenn wir Kosten senken müssen. Wir können aber ein anderes Budget vorweisen, indem die Leistungen, die wir anbieten, nicht mehr gratis oder zu den tiefen Ansätzen angeboten werden. Das könnte absolut eine sofortige Strategie sein, mehr Gebühren zu verlangen. Möchte das Motionär? Ich möchte es nicht und insofern möchte ich ihm beliebt machen, den Satz herauszunehmen. Das wäre eine vernünftige Lösung und würde die Diskussion, die wir jetzt führen, auch ein wenig entschärfen.

Nicht einmal das scheint in der Gemeinde Horw selbstverständlich zu sein, dass man jedes Potenzial, das man sieht, auch gerade ausschöpft. Letztlich ist das operativ und so gesehen kann ich gerne auf den Satz verzichten, wenn es für Sie dann leichter ist, zuzustimmen.

Zum Gemeindepräsidenten möchte ich sagen, dass es klar ist, dass es ein Prozess ist, den wir miteinander machen müssen. Wir diskutieren hier im Rat zwar über Leistungen, aber lange nicht über alle. Es ist der Gemeinderat, der sagt, dass es sich bei 80 % um gebundene Ausgaben handelt, wo man nichts machen könne. Es ist letztlich auch der Gemeinderat, der uns eine Sportanlage mit Kosten von 10 Mio. Franken vorlegt und wenn eine Sportanlage mit 10 Mio. Franken geplant ist, kann man nicht einfach 9 Mio.

Jörg Stalder (L20)

Reto Deschwanden (CVP)

Roger Jenni (FDP)

Heiri Niederberger (CVP)

Thomas Zemp (CVP)

oder 8 Mio. Franken daraus machen. Es ist auch der Gemeinderat, der uns sehr lange weismachen wollte, dass wir unbedingt ein vollautomatisch gesteuertes Gewächshaus in Horw brauchen und am Schluss musste man feststellen, dass man es doch nicht braucht, als es hinterfragt wurde. Von daher sind wir im Einwohnerrat ein wenig spät am Drücker, wenn es darum geht, zu entscheiden und es liegt auch an der Exekutive, dafür zu sorgen, dass die Geschäfte von Anfang an in die Richtung kommen.

Wenn ich Sie richtig verstehe Herr Zemp, würden Sie einer teilweisen Überweisung zustimmen und den Satz: "Massnahmen, die zu einer Kostenreduktion ohne massgeblichen Leistungsabbau sind sofort umzusetzen" streichen?

Konrad Durrer (L2O)

Ja, den ganzen Satz könnte man streichen.

Thomas Zemp (CVP)

Unter den Umständen und wie ich den Gemeinderat verstanden habe, ist er sehr gewillt, das in dem Sinn zu übernehmen, ziehe ich meinen Antrag zurück.

Konrad Durrer (L2O)

Unter den neuen Umständen ziehe ich meinen Antrag auch zurück.

Jörg Stalder (L2O)

Ist der Gemeinderat auch mit der Streichung des Satzes einverstanden?

Reto Deschwanden (CVP)

Der Gemeinderat ist bereit, auch die abgeänderte Motion entgegenzunehmen.

Gianmarco Helfenstein (CVP)

Die Motion ist somit teilweise überwiesen.

Reto Deschwanden (CVP)

4. B+A Nr. 1384 Finanz- und Aufgabenplan 2009-2014

Eintreten GPK

Thomas Zemp (CVP)

Mit dem B+A Nr. 1384 legt uns der Gemeinderat den Finanz- und Aufgabenplan für die Jahre 2009-2014 in der zweiten Version vor. Dies, nachdem das Geschäft an der Sепtembersitzung des Einwohnerrates abtraktandiert werden musste, weil die Unterlagen fehlerhaft waren. Nach Prüfung des B+A kommen wir zusammenfassend zu folgenden Feststellungen und Hinweisen:

- Basis für den Finanzplan bilden die Rechnung 2007 und insbesondere das Budget 2008.
- Der vorliegende Finanzplan rechnet mit einem über die ganze Planperiode gleich bleibenden Steuerfusses von 1.60 Einheiten.
- Bei der wirtschaftlichen Entwicklung geht der Gemeinderat von einer sich abschwächenden Konjunktur aus.
- Auf der Einnahmenseite rechnet der Gemeinderat mit einem jährlichen Wachstum von 3-4 % bei den Steuern. Belastend wirken sich die Steuergesetzrevision 2008 und eine allfällige Steuergesetzrevision 2011 aus.
- Zur ersten Steuergesetzrevision ist zu sagen, dass die Auswirkungen bereits weitgehend im Budget 2009 berücksichtigt sind; zur zweiten, dass diese Steuergesetzrevision Anfang 2009 im Kantonsrat in erster Lesung beraten wird, und dass die volle Umsetzung stark umstritten ist.
- Weitere Aufwand- und Ertragsänderungen durch zusätzliche Dienstleistungen, Anschaffungen oder anderweitige Veränderungen sind in den verschiedenen Tabellen dargestellt. Aufgrund der Einführung der Kostenrechnung weichen Darstellung und

- Reihenfolge von den Unterlagen der Vorjahre leicht ab.
- Aus den getroffenen Annahmen resultiert über die Planjahre ein kumulierter Aufwandüberschuss von 7.116 Mio. Franken. Dieser müsste mit dem Eigenkapital verrechnet werden.
 - An dieser Stelle sei ein Vergleich mit dem Finanzplan 2008-2013 erlaubt: Dieser wies über die Planperiode einen Aufwandüberschuss von kumuliert 4.6 Mio. Franken aus. Wäre die beschlossene Steuersenkung per 2008 von 0.1 Einheiten eingerechnet gewesen, hätte der Finanzplan sage und schreibe 12.6 Mio. Aufwandüberschuss ausgewiesen.
 - Betreffend Investitionen zeigt sich, dass in der Planperiode rund 33 Mio. Franken Nettoinvestitionen geplant sind. Davon entfallen rund 8.2 Mio. Franken auf Spezialfinanzierungen. Damit würde sich die Verschuldung der Gemeinde erhöhen.
 - Zu den Spezialfinanzierungen gibt es aus Sicht der GPK Folgendes anzumerken: In den Bereichen Wasserversorgung und Siedlungsentwässerung werden die Gebühren nach oben angepasst. Ebenso werden die Feuerwehersatzabgaben erhöht, dafür gibt es bei der Grundgebühr für den Abfall bereits auf das Jahr 2009 eine Reduktion.

Wir empfehlen dem Einwohnerrat auf den B+A Nr. 1384 einzutreten und im Anschluss an die Detailberatung davon ablehnend Kenntnis zu nehmen.

Eintreten BVK

Der Finanz- und Aufgabenplan ist ein "dépà-vu" des B+A Nr. 1372, den der Gemeinderat an der Sitzung Ende September zurückgezogen hatte, weil der mit einem Absurdum von Zahlen versehen war. Bautechnisch gesehen, und nur dies prüft die BVK, hat sich inhaltlich nichts verändert und umfasst die nötigen Erwartungen. Der Finanz- und Aufgabenplan ist kein Budget. Er soll lediglich Tendenzen und Perspektiven aufzeigen. Die BVK hat auf die Priorisierung der einzelnen Projekte und Anträge verzichtet, da diese baulich gesehen nur bedingte Notwendigkeit haben. Vielmehr gilt es dort jeweils, die politische Notwendigkeit zu hinterfragen, was die Aufgabe des gesamten Einwohnerrates ist. Auch hat es einzelne Positionen, die uns in der Zahl ein bisschen fremd vorgekommen sind. Dies werden wir im Detail prüfen, wenn dann die jeweiligen Budgets vorliegen resp. Berichte und Anträge. Die vorgesehenen Investitionen werden in separaten B+A's vorgelegt und dann zu den baulichen Details geprüft. Allgemein gesagt finden wir die beabsichtigten verschiedenen Sanierungen der Liegenschaften gut, vor allem bei den beschriebenen Schulhäusern. Dort gilt es erst, den Umfang noch im Detail zu eruiieren um dann in einem weiteren Schritt die Finanzierbarkeit und den Termin zu diskutieren.

Anzufügen sind noch allgemeine Bemerkungen:

Die BVK regt an, den Verwendungszweck des Verkehrsfonds konkreter zu definieren, die jetzige Formulierung lässt zu viele Interpretationen zu. Weiter soll der ESP Bahnhof vorangetrieben werden, um das gewünschte Gemeindegewachstum auch realisieren zu können. Das Gleiche gilt für die Zonenplanrevision und das dazugehörige BZR.

Zum Schluss noch ein Denkanstoss: Wir verfolgen hier im Ratssaal grossmehrheitlich das Ziel, die Kosten in unserer Gemeinde zu senken. Wir können in dieser Gemeinde Unterhalts- und Sanierungsarbeiten im Finanz- und Aufgabenplan sowie im Budget streichen. Aber denken Sie daran, in den meisten Fällen sind diese aufgeschoben und nicht aufgehoben. In einzelnen Fällen können sogar zu lange aufgeschobene Sanierungs- und Unterhaltsarbeiten riesige Mehrkosten verursachen. Wir ermahnen, nicht einer blinden resp. pauschalen Sparwut zu verfallen, sondern jedes einzelne Projekt, Sanierung oder Vorhaben einzeln zu prüfen. Wir werden, wie bisher, weiterhin alle künftigen Bauvorhaben kritisch hinterfragen. Für exklusive bauliche Sonderwünsche werden wir alles geben, um solche zu Grabe tragen zu können. Die BVK ist ohne Gegenstimme

Roger Jenni (FDP)

für Eintreten und Kenntnisnahme des B+A Nr. 1384.

Eintreten GSK

Zum Finanz- und Aufgabenplan stellen wir fest, dass im Bereich "Soziales" vieles im Fluss ist, vor allem auch bezüglich externen Finanzierungen. Wir stellen fest, dass der Finanz- und Aufgabenplan ein kurz- bis mittelfristiges Planungsinstrument ist und die GSK nimmt ihn so einstimmig zur Kenntnis.

Markus Bachmann
(SVP)

Eintreten CVP

Als Nachfolger der bisherigen Legislatur- und Finanzplanung nehmen wir heute erstmals vom Finanz- und Aufgabenplan Kenntnis, den das neue Gemeindegesetz vorsieht. Das Instrument soll wiederum ein Leitfaden für die kommenden Jahre sein. Es steht vor allem die Finanzplanung im Vordergrund. Da gehen die Meinungen und Ansichten über das "Wie" und "Wieviel" des vom Gemeinderat vorgeschlagenen Werks sicherlich weit auseinander. Das aber auch darum, weil sehr unterschiedliche Interpretationen von diversen relevanten Finanzbegriffen vorherrschen. Da wäre es sicher einmal förderlich, dass man zuerst einmal die Sprache vereinheitlichen würde, um dann die gleichen Grundvoraussetzungen zu haben. Die CVP ist für Eintreten und Kenntnisnahme des B+A Nr. 1384.

Urs Hediger (CVP)

Eintreten SVP

Der Finanz- und Aufgabenplan läuft parallel zu den vielen Richt- und Leitlinien, Plänen usw., die in der Gemeinde Horw bereits bestehen, zum Teil ersetzt, obsolet macht oder wie auch immer. Er ist ein anspruchsvolles Instrument, macht die ganze Sache aber nicht übersichtlicher. Was beinhaltet er? Das Wort "Visionen" ist bei uns ja bereits gang und gäbe, wir haben aber nicht nur Visionen gefunden, sondern sogar einen ganzen Haufen Fata Morganas. Es ist eine Anhäufung von irgendwelchen Vorstellungen, nicht nur vom Gemeinderat, da muss ich dem Herrn Gemeindepräsidenten Recht geben, wenn er sagt, dass viele Schritte von höheren Ausgaben sehr wohl auf die Legislative zurückzuführen sind. Wir sind aufgrund der Masse der aufgeführten Aufgaben, von denen wir wissen, dass wir sie nicht realisieren können, die Zeit nicht ausreicht oder wir sie finanziell nicht bewältigen können, dazu gekommen, dass wir zu der Sache eine ablehnende Auffassung haben. Machen wir doch einmal ein Grundlageninstrument, das lesbar und begreifbar ist und von dem wir wissen, dass wir nicht noch um des Kaisers Bart diskutieren, sondern dass es konkret ist und wir es im Verlauf einer gewissen Zeit realisieren können. Auf der anderen Seite muss ich relativieren: Der Finanz- und Aufgabenplan ist nicht zu überschätzen, das ist kein Instrument von entscheidender Bedeutung, das sieht man schon daran, dass er jedes Jahr in einer neuen Fassung kommt. Entscheide werden im Budget getroffen. Die SVP-Fraktion hat zu einer ablehnenden Auffassung gefunden und wir werden das nachher auch entsprechend in der Beratung und in der Beschlussfassung vermitteln. Wir sind für Eintreten.

Alwin Larcher (SVP)

Eintreten FDP

Der Finanz- und Ausgabenplan ist ein rechtlich unverbindliches Führungs- und Planungsinstrument für die Zukunft. Der Finanzplan sollte aufzeigen, wie sich die finanzielle Situation der Gemeinde Horw in den kommenden Jahren entwickeln wird oder entwickeln könnte. Solche Prognosen sind, wie wir alle wissen, immer mit Unsicherheiten verbunden. Aber so ein Instrument zeigt auf, in welche Richtung die Entwicklung geht und worauf man besonders achten muss. Auch die FDP-Fraktion erachtet die Situation wie sie dargestellt wird als unbefriedigend. Mit diesem Finanz- und Aufgabenplan können die Leitziele der Finanzpolitik der Gemeinde Horw nicht erreicht werden. Wir stellen fest, dass die Kosten stetig steigen und dass Horw besonders hohe Nettobelastungen pro Einwohner aufweist. Das Erreichen des Kantonsdurchschnitts darf für Horw kein Ziel sein! Als eine der aufgeführten Mass-

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

nahmen zur Optimierung des Finanzhaushaltes will Horw die Leistungen überprüfen und wo erforderlich, anpassen. Wir sind aber klar der Meinung, dass ein gesunder Finanzhaushalt nicht über einen Leistungsabbau passieren soll, sondern über eine Effektivitäts- und Effizienzoptimierung erreicht werden soll.

Schon beim letztjährigen Finanz- und Aufgabenplan hat unsere Fraktion die Anmerkung gemacht, dass es wünschenswert wäre, den Finanz- und Aufgabenplan farbig ausgedruckt zu erhalten, damit er besser lesbar und übersichtlicher ist. Er ist nach wie vor schwarzweiss, und ich bitte den Gemeinderat, unser kleines Anliegen doch nochmals zu prüfen. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Kenntnisnahme des B+A Nr. 1384.

Eintreten L2O

Die L2O findet, dass der Finanz- und Aufgabenplan ein gutes und praktisches Planungsinstrument ist. Die Wirtschaftslage hat sich verändert. Wir sind der Meinung, statt Investitionen zu verschieben um tiefere Steuern zu erhalten, sollte sich die Gemeinde in der kommenden Rezession azyklisch verhalten, sollte Investitionen tätigen, die werden jetzt wahrscheinlich sowieso günstiger, dadurch Arbeitsplätze erhalten und auch so Steuersubstrat generieren. Sinnvoll wäre es, jetzt die Infrastruktur zu erneuern. Zum Ausbau der Kastanienbaumstrasse Buholz bis Schwanden war sich die L2O nicht einig, aber mindestens sollte man dort den Veloweg vorziehen, weil das Kreuzen von Lastwagen, Bus und Velos am Morgen macht Angst. Die L2O hat auch ein wenig Mühe mit dem Verschieben vom Buskonzept auf das Jahr 2014 oder ein anderes leidiges Thema, die Fr. 400'000.00 für die Gestaltung der Aufwertung des Seeufers, verschoben auf das Jahr 2013. Positiv zu werten ist, dass das Oberstufenschulhaus endlich saniert werden soll und vielleicht sogar noch früher und schneller als das Gemeindehaus. Die L2O macht ein Fragezeichen bei den optimistischen Prognosen, dass sich im Jahr 2009 das Wachstum der Steuerkraft auf 4 % erhöht. Ein paar Bemerkungen zur Förderung der Zuwanderung von neuem Steuersubstrat: Uns fehlen Massnahmen zur Steigerung der Familienattraktivität. Auch Familien sind Schlüsselkunden der Gemeinde. Es wird nicht gerade erwartet, dass sich das Finanzdepartement persönlich um die Personen kümmert, aber aktive Kundenbetreuung im Sinn von Wertschätzung würde auch der Gemeinde in allen Bereichen gut anstehen. Auch die geplanten Verkäufe von Finanzvermögen mit Buchgewinn ist Verkauf von Substanz. Warum prüft man nicht, wo möglich, ein Baurecht, um die Substanz für die nächste Generation zu erhalten? Die L2O ist für Eintreten und nimmt den Finanz- und Aufgabenplan zur Kenntnis mit dem Hinweis, dass die Sparbemühungen und die Verschiebungen von Investitionen in der heutigen wirtschaftlichen Lage, einem azyklischen sinnvollen Verhalten der öffentlichen Hand zuwider laufen.

Tatsächlich liegt Ihnen ein überarbeiteter Finanz- und Aufgabenplan vor. Wie damals erklärt, war in der ersten Version ein Formelfehler im Steuerbereich, der sehr fatale Auswirkungen hatte. Das hat uns aber auch die Gelegenheit gegeben, den zweiten Wurf bereits zu aktualisieren und vor allem mit dem im Anhang aufgeführten Veränderungskatalog haben Sie gesehen, wo auch der Sparwille des Gemeinderates zum Ausdruck kommt. Sie haben richtig festgestellt, dass der Finanz- und Aufgabeplan ein rollendes Planungsinstrument ist, wie auch ein Führungspapier für den Gemeinde- und den Einwohnerrat. Sie haben auch richtig gesagt, dass er anspruchsvoll ist, nicht nur im Erstellen, sondern auch im Interpretieren und im Lesen. Er ist eine Auflistung von Wünschen, vielleicht des Gemeinderates, des Parlamentes, aber auch von Bürgerinnen und Bürgern und genau das ist der Zweck vom Finanz- und Aufgabenplan, er soll die Entwicklung mit den finanziellen Auswirkungen aufzeigen. Es ist ein Sammelsurium, das durchdacht, kalkuliert und hochgerechnet werden soll und wenn es soweit ist, im Budget entschieden werden. Es werden aber auch mögliche Massnahmen aufgezeigt. Eine Bemerkung des Sprechers der L2O betr. der Erhöhung des Steuersubstrats möchte ich erwidern. Wir haben in Bezug auf die Bautätigkeit in Ennethorw, Kleinwil und Grosswil,

Franz Leipold (L2O)

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

das Steuersubstrat angeschaut und festgestellt, dass wir Fr. 500'000.00 mehr Steuer-
substrat generieren werden. Das ist, durch die Gesamtsumme gerechnet, wenig. Es
handelt sich um junge Familien, die sich ein Stockwerkeigentum leisten, sich bei den
Banken entsprechend verschulden und das hat einen Einfluss auf das Steuersubstrat.
Da wäre wahrscheinlich auf der Halbinsel die Effizienz grösser.

Die GPK stellt den Antrag, den Finanz- und Aufgabenplan ablehnend zur Kenntnis zu
nehmen. Der Antrag hat eine deutliche Mehrheit in der Kommission gefunden, aber aus
unterschiedlichen Motiven. Die einen meinen, dass der Finanz- und Aufgabenplan nur
ein stetiges Wachstum der Ausgaben zeigt und keine Anzeichen von geplanten Opti-
mierungsmassnahmen. Die Ausgaben wachsen mindestens im gleichen Mass wie die
Einnahmen. Darum ist auch für die ganze Planperiode ein gleichbleibender Steuerfuss
vorgesehen. Wir vermissen die Visionen und es war auch in den letzten Jahren so, dass
eine Steuersenkung nie vom Gemeinderat aus gekommen ist, ausser die letzte um 1/20
Einheit, und die musste man mit dem Zaunpfahl ziemlich herbeiwickeln, indem man bei
der Beratung des Finanz- und Aufgabenplans eine ganz klare Bemerkung überwiesen
hat, dass man im Budget eine Steuersenkung erwarte. Auch mögliche Auswirkungen
der Motion, die wir vorhin diskutiert haben, bleiben unberücksichtigt. Eine andere Grup-
pierung ist für ablehnende Kenntnisnahme, weil sie der Meinung ist, dass der kumulierte
Aufwandüberschuss von über 7 Mio. Franken nicht akzeptabel ist und ebenso ist nicht
akzeptabel, dass mehrere Leitsätze verletzt werden.

Thomas Zemp (CVP)

Abstimmung:

Gegenüberstellung Antrag Gemeinderat und Antrag GPK

Antrag Gemeinderat: Der Finanz- und Aufgabenplan 2009-2014 wird zur Kenntnis genom- men.	13 Stimmen
Antrag GPK und GSK: Der Finanz- und Aufgabenplan 2009-2014 wird ablehnend zur Kenn- tnis genommen.	13 Stimmen

Reto Deschwanden
(CVP)

2. Abstimmung:

Antrag Gemeinderat: Der Finanz- und Aufgabenplan 2009-2014 wird zur Kenntnis genom- men.	14 Stimmen
Antrag GPK und GSK: Der Finanz- und Aufgabenplan 2009-2014 wird ablehnend zur Kenn- tnis genommen.	13 Stimmen

**Der Finanz- und Aufgabenplan 2009 - 2014 wird mit 14:13 Stimmen zur Kenntnis
genommen.**

5. B+A Nr. 1383 Budget 2009

Eintreten GPK

Mit dem B+A Nr. 1383 legt uns der Gemeinderat ein Budget 2009 vor, das bei gleich
bleibendem Steuerfuss von 1.60 Einheiten einen Aufwandüberschuss von 1.563 Mio.
Franken der Laufenden Rechnung ausweist. Dies bei einem Gesamtaufwand von
77.3 Mio. und einem Gesamtertrag von 75.7 Mio. Franken. Das Budget der Investitions-
rechnung zeigt Nettoinvestitionen von 8.377 Mio. Franken. Aus den beiden Budgets

Thomas Zemp (CVP)

resultiert ein Finanzierungsfehlbetrag von 8.2 Mio. Franken. Bezogen auf diese Eckwerte unterscheidet sich das vorliegende Budget wenig von denjenigen der Vorjahre. Ausser vielleicht, dass der Aufwandüberschuss wieder einmal etwas höher budgetiert wurde, als auch schon. Was das Layout angeht, unterscheidet sich die Vorlage wesentlich von denjenigen der Vorjahre. Das liegt daran, dass uns das Budget 2009 erstmals in der Form der Kostenrechnung präsentiert wird. Dies hat Einfluss auf die Darstellung und auch auf den Umfang. In einem ersten Teil finden wir die Darstellung des Budgets nach Kostenarten und die daraus resultierende Zusammenfassung. Dieser Teil entspricht der bisherigen Darstellung und ist somit 1:1 vergleichbar. In einem zweiten Teil finden wir anstelle der Gliederung nach Funktionen neue Begriffe wie Hilfs-, Vor- und Hauptkostenstellen. Hier werden diejenigen Kosten budgetiert, die nicht direkt einer Leistung oder Aufgabe der Gemeinde zugeordnet werden können (z.B. Overhead, Management). Im Rahmen der Rechnung werden diese Kosten dann mittels Schlüssel oder anderer geeigneter Methoden auf die Kostenträger verteilt. In einem dritten Teil finden wir die verschiedenen Kostenträger. Diese entsprechen den Leistungen und Aufgaben, welche unsere Gemeinde erbringt. Sie erinnern an die bisherige Darstellung des Budgets der Laufenden Rechnung nach Funktionen. Auffallend ist, dass bei den Hilfs-, Vor- und Hauptkostenstellen sowie auch bei den Kostenträgern keine detaillierte Budgetierung ausgewiesen wird. Es sind lediglich direkte Kosten, direkte Erlöse, indirekte Kosten und indirekte Erlöse aufgeführt, sofern überhaupt vorhanden. Kostenarten hingegen, sind keine ersichtlich. In einem vierten Teil zeigt das Budget die Investitionsrechnung mit der Kontrolle über die Sonderkredite. In diesem Bereich ist die Darstellung wieder vergleichbar mit den Vorjahren. Mit Ausnahme, dass die bekannten Konten durch neue ersetzt wurden.

Die GPK hat das Budget mit den zuständigen Gemeinderäten einzeln diskutiert und geprüft. Neben den offiziellen Unterlagen lag uns auch das rund 120 Seiten umfassende Detailbudget mit sämtlichen Budgetpositionen vor. Fragen der GPK konnten weitgehend entweder während der Sitzung mündlich oder dann im Nachgang schriftlich beantwortet werden. Nachdem das Budget für das kommende Jahr erstmals in der Form der Kostenrechnung erarbeitet und präsentiert wird, hat das Finanzdepartement die GPK bereits frühzeitig involviert und regelmässig informiert. Es war allen Beteiligten von Anfang an klar, dass die Umstellung auf die Kostenrechnung einige Veränderungen mit sich bringt und damit neue Erfahrungswerte gesammelt werden müssen. Sei es betreffend Vergleichbarkeit mit den Vorjahren oder auch betreffend Darstellung und Detaillierungsgrad.

Aus Sicht der GPK ist die Umstellung gut gelungen. Grösster Diskussionspunkt innerhalb der Kommission war der Detaillierungsgrad. Die GPK ist hier der Meinung, dass dieser höher sein müsste. Aus unserer Sicht sollten bei den Kostenstellen und Kostenträgern die Kostenarten in drei- bis fünfstelliger Detaillierung angegeben werden. Vergleichbar mit den früheren Vorlagen. Die aktuelle Darstellung mit direkten und indirekten Kosten und Erlösen ist definitiv zu wenig auflösend und erinnert an ein Globalbudget. Zudem wird sie nicht aus dem System generiert, sondern muss von Hand zusammengestellt werden. Das ist aufwändig und fehleranfällig. Für uns ist es wichtig, dass das Budget und die darauf folgende Rechnung miteinander vergleichbar sind und direkt aus dem System generiert werden können.

Die wichtigsten Zahlen des Budgets 2009:

Ausgabenseite

- Beim Personalaufwand wird mit 34.8 Mio. Franken budgetiert, das sind rund 0.8 Mio. Franken mehr, als im Budget 2008. Gegenüber der Rechnung 2007 sind es 1.25 Mio. Franken mehr. Kostentreiber sind die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals, dazu gehört auch das Personal des Haus für Betreuung und Pflege. Für allgemeine und individuelle Lohnmassnahmen steht beim Verwaltungs- und Betriebs-

personal eine Lohnsummenerhöhung von 2.5 Lohnprozenten zur Diskussion und bei den Lehrpersonen eine solche von 2 %. Durch den Mutationseffekt fällt die effektive Anpassung der Lohnsumme geringer aus.

- Der Sachaufwand nimmt gegenüber dem Budget 2008 um rund 0.6 Mio. Franken zu, verglichen mit der Rechnung 2007 sind es sogar 1.4 Mio.
- Die Passivzinsen bleiben weitgehend auf den Vorjahreswerten konstant.
- Die ordentlichen Abschreibungen hingegen erhöhen sich um rund 0.6 Mio. Franken, weil im Zusammenhang mit der neu eingeführten Anlagebuchhaltung das Eigenkapital nicht mehr vom Verwaltungsvermögen in Abzug gebracht werden kann.
- Beim kantonalen Finanzausgleich wird die Gemeinde neu mit 1.576 Mio. Franken belastet, das sind 0.75 Mio. Franken weniger, als im Vorjahr. Dies als Folge des überarbeiteten kantonalen Finanzausgleichs. Gleichzeitig muss aber auch erwähnt werden, dass uns Fr. 348'000.00 aus dem Ressourcenausgleich nicht mehr bezahlt werden. Netto also nur eine Verbesserung um 0.4 Mio. Franken.
- Bei den Kostenarten 35 (Entschädigung an Gemeinwesen) und 36 (Eigene Beiträge) steigen die Ausgaben um knapp 1 Mio. Franken.

Einnahmenseite:

- Auf der Einnahmenseite sieht der Gemeinderat bei einem gleich bleibenden Steuerfuss von 1.60 Einheiten Steuereinnahmen von Total 43.3 Mio. Franken vor. Das ist annähernd gleich viel, wie im laufenden Jahr budgetiert. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass Steuerausfälle in Höhe von rund 2.5 Mio. Franken als Folge der Steuergesetzrevision 2008 einkalkuliert sind.
- Eine wesentliche Veränderung gibt es bei der Kostenart 43 (Entgelte). Diese nehmen um rund 1.5 Mio. Franken zu. Hauptsächlich als Folge einer weiteren Anpassung der Pflögetaxen und Aufgrund der Eröffnung der Dementenstation Lindengarten.
- Das Haus für Betreuung und Pflege Kirchfeld belastet damit die Gemeinderechnung noch mit einem Betrag von Fr. 210'000.00. Das ist etwa im gleichen Rahmen wie in den Vorjahren.
- Betreffend Gebühren ist festzuhalten, dass die Feuerwehersatzabgaben um 0.4 Promille erhöht und die Abfallgrundgebühren um 0.02 Promille gesenkt werden.

Investitionen:

- Die Nettoinvestitionen liegen mit 8.4 Mio. um 1 Mio. Franken tiefer, als im Budget 2008. Es wird sich zeigen, ob die Investitionen tatsächlich im geplanten Zeitrahmen getätigt werden können.

Finanzierungsrechnung:

- Die Finanzierungsrechnung, über die Investitionsrechnung und die Laufende Rechnung, weist einen Finanzierungsfehlbetrag von 8.2 Mio. Franken aus. Dies bedeutet, dass sich die Gemeinde im 2009 verschuldet.

Die GPK beantragt einstimmig, auf das Geschäft einzutreten. Die GPK wird im Rahmen der Detailberatung weitere Anträge stellen, unter anderem den Antrag auf eine Reduktion des Steuerfusses um 1/20 Einheit.

Eintreten BVK

Die BVK hat sich mit den baurelevanten Positionen des Budgets auseinandergesetzt. Aufgrund der weniger detaillierten Darstellung als in den Vorjahren ist es uns in diesem Jahr schwerer gefallen, auf die gleiche Art über die Zahlen zu diskutieren. Auch wir wünschen uns eine verfeinerte Darstellung, wo zumindest eine Stufe mehr ersichtlich ist. Die Amtsstellenleiter haben uns dann aber die Detailzahlen geliefert.

Jörg Stalder (L20)

Wir haben die Positionen zu den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens angeschaut. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass das Oberstufenschulhaus und die Sanierung des Gemeindehauses in Planung sind. Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass uns über die grosse Investition in der Kleinschwimmbad Spitz ein spezieller B+A vorgelegt werden wird. Im Schulhaus Hofmatt sollen verschiedene Unterhaltsarbeiten ausgeführt werden, im Schulhaus Spitz ist noch eine Veränderung von Räumlichkeiten geplant. Es sollen dort gewisse Umstrukturierungen im Bereich Lehrzimmer gemacht werden. Wir haben das mit der BVK vor Ort angeschaut und uns erklären lassen, was alles geplant ist und fassen das als positiv auf. Beim Werkhofgebäude geht es um die Sanierung vom Tragwerk, der Flugrostbefall hat und deshalb nicht sehr schön aussieht, aber konstruktiv keine Probleme bietet. Es gibt jetzt eine Variante, dass man für Fr. 10'000.00 verschiedene Tätigkeiten macht und dann die Malerarbeiten an der Stahlkonstruktion gleichzeitig mit dem Ersetzen vom Dach ausführen möchte. Wir haben vom Amtsstellenleiter die Idee aufgenommen, dass man die Malerarbeiten für die Hälfte des budgetierten Betrages machen könnte, es wird dann nicht alles gestrichen, sondern nur das Nötige. In Sachkenntnis von dem Tragwerk haben wir das Gefühl, dass das eine angemessene Lösung ist und werden Ihnen deshalb den Antrag unterbreiten, im Budget den Betrag für die Malerarbeiten zu halbieren. Wir haben uns im Bereich Raum und Umwelt noch ein paar Sachen erklären lassen. Wir haben gesehen, dass Wasserbaumassnahmen beim Schwesternbergbach und beim Bachtelbach vorgenommen werden müssen. Wir haben auch gesehen, dass Planungen im Bereich der Ortsplanungsrevision und dem Bebauungsplan Bahnhof weiter am Laufen sind und natürlich Kosten verursachen, die wir grundsätzlich unterstützen. Das Seebad ist auch ein Investitionspunkt, der uns im Budget vorgelegt wird. Wir haben das beurteilt und den Handlungsbedarf erkannt und stehen dem Planungskredit grundsätzlich positiv gegenüber. Die BVK ist für Eintreten auf den B+A Nr. 1383.

Eintreten GSK

Die GSK hat die Positionen aus dem Gesundheitsbereich und dem sozialpolitischen Bereich behandelt. Dank einer guten Wirtschaftslage ist der Aufwand der wirtschaftlichen Sozialhilfe gesunken. Andererseits bezahlt die Gemeinde höhere Beiträge an den Kanton für Ergänzungsleistungen, Heimfinanzierung und Krankenversicherung. Mit der Dementenstation "Lindengarten" wurde das Angebot im Kirchfeld erweitert und 7.4 neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Taxen für Pflegeleistungen müssen erhöht werden. Die betreuungsintensiven BESA-Stufen 4a, 4b, und 4c sind nicht kostendeckend. Die Taxpolitik ist an die der Heime in der Agglomeration angeglichen, Horw liegt aber dennoch im unteren Bereich. Mit der neuen Pflegefinanzierung, die nächstes Jahr in Kraft tritt und höchstens noch eine Eigenbeteiligung von 20 % vorsieht, gibt es auch Auswirkungen auf die Taxpolitik, die zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht absehbar sind. Die GSK ist zu dem Schluss gekommen, allen Positionen aus dem Gesundheitsbereich und dem sozialpolitischen Bereich im Budget zuzustimmen und ist einstimmig für Eintreten.

Heidi Pieper-Berdux
(FDP)

Eintreten CVP

Was uns als Einwohnerräte, die nicht in einer Kommission Einsitz haben, Schwierigkeiten gemacht hat, ist die Nichtvergleichbarkeit mit den Vorjahren und auch mit dem laufenden Jahr. Das macht es nicht ganz einfach, das Budget zu beurteilen, man muss sich umgewöhnen, weil man vorher gesehen hat, welche Einnahmen und Ausgaben vorgesehen sind, jetzt sieht man es nur noch zusammengefasst. Inhaltlich unterstützt die CVP-Fraktion die Meinung der GPK, wir unterstützen die Anträge der GPK betreffend Aufwand- und Ertragsreduktion und wir unterstützen auch den Antrag zur Steuerfussreduktion.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Eintreten SVP

Die vorgelegte Form des Budgets ist für die SVP unzureichend. Unter Berücksichtigung der Umstellung auf das neue Modell KORE und der Bereitschaft von Verwaltung und

Robert Odermatt
(SVP)

Gemeinderat, uns Details vorzulegen, ist die SVP bereit, die vorgelegte Form dieses Jahr zu akzeptieren. Für die kommenden Jahre verlangen wir jedoch ein Budget mit einem höheren Detaillierungsgrad.

Der vom Gemeinderat vorgeschlagene Aufwandüberschuss von 1.56 Mio. Franken kann von uns akzeptiert werden. Wenn wir uns aber einen Aufwandüberschuss leisten wollen, muss auch der Steuerzahler davon profitieren können. Fast 10 Mio. Franken Eigenkapital, 50 bis 60 Mio. Franken Stille Reserven, dies sind die Summen, welche in der Vergangenheit dem Steuerzahler zuviel aus der Tasche gezogen wurden. Diesem Trend, dem Steuerzahler zuviel abzunehmen, will die SVP Einhalt gebieten. Das Ziel von Horw muss der Steuerfuss von Meggen sein. Die SVP ist auch überzeugt, dass wir das Potenzial dazu haben. Für das Jahr 2009 sind wir mit einer moderaten Senkung des Steuerfusses auf 1.55 Einheiten zufrieden. Dabei darf der Aufwandüberschuss maximal die budgetierten 1.56 Mio. Franken betragen. Die SVP verlangt deshalb, dass auf der Ausgabenseite mindestens 1 Mio. Franken eingespart werden. Ich habe Ihnen in der September-Sitzung mit einem Diagramm eine Möglichkeit aufgezeigt, wo Handlungsbedarf vorhanden wäre. Das Statistische Amt vom Kanton zeigt uns ein jährliches Optimierungspotenzial von mindestens 3.5 Mio. Franken auf und wir sind überzeugt, dass auch der Gemeinderat noch Möglichkeiten im Köcher hat. Sollte eine Steuersenkung in diesem Rat wider Erwarten keine Mehrheit finden, so ist die SVP der Meinung, dass in dieser Frage eine Volksabstimmung durchgeführt werden soll. In diesem Sinn sind wir für Eintreten.

Eintreten FDP

Die FDP Fraktion hat sich sehr intensiv mit dem vorliegenden Budget, welches in einem total neuen Erscheinungsbild daherkommt, befasst. Wir stehen heute vor einem Systemwechsel. Der Kanton hat von den Gemeinden die Einführung einer Kostenrechnung verlangt. Mit diesem Budget wurde uns der Prototyp geliefert. Am Inhalt und am Erscheinungsbild kann und muss noch gefeilt werden. Sicher ist das neue Erscheinungsbild des Budgets gewöhnungsbedürftig, vor allem auch weil das Vergleichen der Detailzahlen wegfällt. Wichtig ist uns aber, dass das Budget und die Rechnung miteinander vergleichbar sein werden.

Die GPK hat das Budget aus finanzpolitischer Gesamtsicht erläutert, die BVK hat das vorliegende Budget bei allen baurelevanten Belangen geprüft und die GSK hat in ihrem Bereich das Budget unter die Lupe genommen. Wir können uns somit um den parteipolitischen Aspekt kümmern.

Auf Antrag der FDP hat die Gemeinde Horw auf Anfang dieses Jahres die Gemeindesteuern um 1/10 auf 1.6 Einheiten gesenkt. Heute wird wieder eine Steuersenkung gefordert. Die Vorzeichen dazu stehen aber dieses Jahr ganz anders. Die Wirtschafts- und Finanzlage sieht nicht mehr so rosig aus. Da und dort wird der Gürtel enger geschnallt werden müssen. Kantonsbeiträge könnten gestrichen werden. Zudem werden mit der Unternehmenssteuerreform kurzfristig weniger Steuern generiert. Die tieferen Unternehmenssteuern sollen Unternehmen in unseren Kanton und nach Horw locken – doch das braucht eine gewisse Zeit. Ohne in eine pessimistische Stimmung zu verfallen, müssen wir uns einige Fragen stellen. Was wollen wir in Zukunft und zu welchem Preis? Wollen wir bei der hohen Lebensqualität Abstriche machen? Wie wichtig sind uns unsere Bildungsangebote und Schulen? Können wir bei der Verkehrssicherheit zurückbuchstabieren? Sollen wir unseren Ruf als finanzstarke Gemeinde preisgeben?

Es gäbe noch viele weitere Fragen, die wir uns in diesem Zusammenhang stellen und beantworten müssen. Für die FDP-Fraktion heisst das ganz konkret: Wir setzen uns für einen möglichst tiefen Steuerfuss ein, aber nicht auf Kosten eines gesunden Finanzhaushaltes und eines guten Lebensstandards. Das heisst auch, die FDP-Fraktion ist

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

nicht gegen eine Steuerreduktion aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Wir wollen zuerst die Resultate der Motion Zemp abwarten und dann handeln. Sollte sich auf Grund der hängigen Motion Zemp, welche eine Optimierung des Finanzhaushaltes der Gemeinde Horw verlangt, positive Auswirkungen auf den Finanzhaushalt ergeben, sind wir sofort bereit, im nächsten Jahr über eine weitere Steuersenkung zu diskutieren. Die FDP-Fraktion ist vorerst für Eintreten. Wir behalten uns aber je nach Diskussion und Anträgen vor, einen Rückkommensantrag zu stellen und eine Rückweisung des Budgets 2009 zu beantragen.

Eintreten L20

Konrad Durrer (L20)

Das Budget ist in der vorliegenden Form ungewohnt. Die Umstellung auf die Kostenrechnung erfordert eine Umstellung der Betrachtungsweise. Ziel ist es, eine Vorstellung über die Kosten der einzelnen Produkte bzw. Kostenträger zu gewinnen, es ist ein Übergangsbudget. So haben wir das auch beschlossen, als wir die Kostenrechnung angenommen haben. Wir regen an, den Einwohnerratsmitgliedern ein Budget zur Verfügung zu stellen, das eine Stufe tiefer detailliert ist (5-stellige Kontennummern). Eine abschliessende Würdigung ist zurzeit nicht möglich, dazu brauchen wir auch Rechnungen, die in der gleichen Art vorliegen müssen. Es werden jetzt die Voraussetzungen geschaffen, über die einzelnen Kostenträger zu diskutieren, ohne sich im Detail zu verlieren und ohne pauschale Kürzungsanträge zu verlangen, das kann man dann nach einer Phase der Konsolidierung. Inhaltlich sieht man jetzt die Konsequenzen der Steuersenkungspolitik auf kantonaler und kommunaler Ebene schwarz auf weiss. Dadurch entsteht in unserer Gemeinde plötzlich ein Loch von 2 Mio. Franken und dies trotz den ausgewiesenen Sparbemühungen und nicht unbedingt sinnvollen Investitionsverschiebungen in der heute angespannten Wirtschaftslage. Zudem müssen noch Fr. 500'000 durch einen potenziellen Buchgewinn (Liegenschaftsverkäufe) hereingeholt werden. Wir vertreten weiterhin die Meinung, dass Liegenschaften nur im Baurecht zu vergeben sind. Und übrigens sollten Buchgewinne nur auftauchen, wenn gültige Verträge vorliegen und nicht auf Prognose hin. Erstens kann der Verkauf noch scheitern und zweitens gibt man Informationen preis, die die Verhandlungen beeinträchtigen könnten.

Wir begrüssen es, dass dem Personal endlich wieder einmal die Kaufkraft nicht vermindert wird. Wir halten dies für undiskutierbar. Mehrmals wurde dem Personal der Teuerungsausgleich vorenthalten und es ist auch eine Massnahme gegen die Rezession, die Kaufkraft zu stärken.

Wir haben auch beim Sparplan noch zwei Bemerkungen zu den Stühlen im Oberstufenschulhaus und der Beleuchtung im Seefeld, ich werde darauf zurückkommen.

Das Defizit ist weitgehend tragbar, weil Eigenkapital vorhanden ist. Wesentliche Sparrunden wären jetzt sicher nicht angebracht, wir würden lieber vorschlagen, uns antizyklisch zu verhalten, wie wir schon im Finanz- und Aufgabenplan gesehen haben. Auf jeden Fall soll zumindest die definitive und konsolidierte Ausarbeitung von Kostenträgern abgewartet werden, genau das haben wir uns gewünscht und mit der Kostenrechnung haben wir das jetzt ansatzweise bekommen. Dort können wir dann gezielt Forderungen stellen. Lineare Forderungen zeigen höchstens auf, dass man nicht bereit ist, offen zu seinen Abbauplänen zu stehen und ein Verschieben des Schwarzen Peters, den man dann vielleicht nicht mittragen will. Noch weniger halten wir davon, die Steuern zum jetzigen Zeitpunkt zu senken. Erstens holt diese 20stel Einheit keine Katze hinter dem Ofen hervor und macht auch keinen Möchtegern-Obwaldner zu einem Horwer. Zweitens ist die Situation der Gemeinefinanzen auch aus kantonaler Sicht in der Schwebe. Man weiss noch nicht genau, was die Auswirkungen der letzten Steuergesetzesrevision sind und es steht schon die nächste vor der Tür. Drittens soll jetzt zuerst das Ergebnis des geforderten Planungsberichtes zum Finanzhaushalt abgewartet werden, ohne schon einen Hüftschuss auf reinen Annahmen abzugeben. Und viertens,

wenn eine Firma ein Defizit schreibt, beantragt sie auch keine Dividendenerhöhung. Da können wir der Argumentation der SVP nicht folgen. Wir sind klar gegen eine ruinöse Steuersenkungspolitik. Wir danken allen, die an der Erstellung des Budgets mitgearbeitet haben, sie haben die Erhaltung ihrer Kaufkraft verdient und sind bereit, die Eintrentensdebatte weiter zu führen.

Das Ziel heute muss sein, dass Sie ein Budget 2009 verabschieden. Eine Rückweisung könnte etliche Probleme schaffen. Bedenken Sie, bei Verzögerungen oder dem angesprochenen Referendum gibt es Fristen, die bis Mitte nächsten Jahres gehen können. Sie haben das vorliegende Budget in seiner Aufmachung mit grossem Wohlwollen angenommen und begrüsst. Es ist ein Prototyp, an dem wir arbeiten werden. Es ist eine bedeutende Umstellung, einige Details und Kleinstbeträge sind nicht mehr ersichtlich. Die GPK hat das detaillierte Budget erhalten und das erscheint mir auch stufengerecht. Aber alle Fragen, auch von anderen Einwohnerratsmitgliedern, haben wir zur Zufriedenheit beantworten können. Markant an der Aufmachung ist die Darstellung der Kostenrechnung, vor allem der Kostenträger. In der Beratung hat sich gezeigt, dass vor allem in den Bereichen Sachaufwand und Investitionen mehr Informationen erwartet werden. Wir werden mit der Rechnung 2009 bereits einige Anpassungen vornehmen und die Zahlen vertieft kommentieren und ausweisen. Vor allem bei der Artengliederung, im ersten Teil vom Budget, sehen Sie den Vergleich mit dem Vorjahr. Eine Steuerfussenkung ist sicher immer ein attraktives Thema, aber zum heutigen Zeitpunkt, wo wir noch ohne erhärtete Zahlen sind, wo wir ganz sicher in einer Finanzkrise stecken, nach einer ersten Steuergesetzrevision 2008, die wohl zugunsten der Bevölkerung ist, aber 2.5 Mio. Franken gekostet hat und wo eine mögliche Steuergesetzrevision 2011 noch weitere 2.5 Mio. Franken Minderertrag bedeuten, muss man vernünftigerweise eine Steuerfussreduktion ablehnen. Ein tiefer Steuerfuss macht nicht allein die Attraktivität der Gemeinde Horw aus. Es ist vor allem die Lage, das Angebot, das Angebot an Bildungsstätten und die Verkehrserschliessung, die uns im interkommunalen Wettbewerb zum Sieger machen. An die qualitativ hochstehenden Dienstleistungen haben sich die Bürgerinnen und Bürger zum Teil gewöhnt. Auch die Finanzierung von dem Wünschbaren muss natürlich mit den entsprechenden Steuererträgen gedeckt werden. Für mich persönlich wird auch das Abstimmungsverhalten der Horwer Einwohnerräte im Kantonsrat im Rahmen der Steuergesetzrevision 2011 spannend sein, wo wir noch sehen werden, wie sich die Lasten in Zukunft zwischen Gemeinde und Kanton verteilen werden. Oft hört man auch das Argument vom Kompensationseffekt. Das mag wohl in einer konjunkturell guten Zeit zutreffen, wo sich Einkommen und Vermögen gerne automatisch zunehmend entwickeln. Aber wie sieht es im Moment aus? Im Moment haben wir wahrscheinlich eher Vermögensverlust. Die geplanten Steuererträge 2008 sind recht optimistisch, per 14. November haben wir jetzt das erste Mal einen Rückgang. Wir sind noch eine halbe Million von unserem Ziel entfernt, interessanterweise haben wir bei den Nachträgen aus früheren Jahren über das Ziel hinausgeschossen, das hilft uns im Ganzen, das Jahr einigermassen über die Bühne zu bringen. Es ist auch überraschend, dass wir bei den Sondersteuern noch nicht ganz alles erreicht haben, besonders bei den Handänderungssteuern.

Es ist richtig erkannt worden, dass es heute steuerkräftige Zuzüger braucht, die das Steuersubstrat auch vermehren. Aber wo sollen diese wohnen? Wir haben keine leeres-tehenden Villen auf der Halbinsel. Denken Sie daran, wenn wir in die Diskussion der Umzonung kommen, ob in Horw genug Bauland für steuerkräftige Personen vorhanden ist.

Zur Investitionsrechnung hört man jetzt in der Finanzkrise oft, dass die öffentliche Hand investieren und nicht zurückhaltend sein soll. Das mag wohl zutreffen, wir haben gehört, das kann Arbeitsplätze retten usw. Aber für eine Investition braucht es auch die notwendigen Finanzierungsmittel und ebenso die Mittel für die Folgekosten wie Unterhalt,

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Sanierung, Betrieb, Verzinsung, Abschreibung usw. Die Gemeinde Horw hat heute mit den anstehenden Investitionen einen Abschreibungsbedarf von 3-4 Mio. Franken. Auch das muss erarbeitet sein. Je kleiner die Marge zwischen Aufwand und Ertrag und einem ungenügenden Cash-flow vor Abschreibungen, umso grösser wird der Aufwandüberschuss. Denken wir doch daran, dass wir einen gesunden Finanzhaushalt führen und auch entsprechende Erträge generieren müssen.

Zur Bilanzbemerkung von Herrn Odermatt: Die 60 Mio. Franken Stille Reserven können wir heute noch nicht so bestätigen, das wissen wir dann vielleicht mit der Anlagebuchhaltung. Aber vergessen Sie nicht, darunter sind auch Schulhäuser, das Gemeindehaus und Liegenschaften, die wir zum Verwalten benötigen, nebst denen des Finanzvermögens. Es ist also nicht einfach so, dass man das 1:1 realisieren könnte.

Das Eintreten ist zurzeit unbestritten.

Reto Deschwanden
(CVP)

Detailberatung:

Die FDP-Fraktion hat von einem Rückweisungsantrag gesprochen. Wann möchten Sie den stellen? Das muss man jetzt beim Eintreten diskutieren. Am Schluss der Beratung kann man das Budget allenfalls noch ablehnen, aber wenn man das Budget zurückweisen möchte, müsste man das jetzt beantragen und sagen, warum man es zurückweisen möchte und einen Auftrag erteilen, z.B. ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Dann können wir uns die Diskussion, die wahrscheinlich zwei Stunden dauern wird, ersparen.

Thomas Zemp (CVP)

Die FDP-Fraktion wird den Antrag in der Diskussion stellen, wenn die GPK den Antrag um Reduktion des Aufwandes stellen wird. Gemäss unserer Geschäftsordnung kann man das mit einem Ordnungsantrag.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Gemäss Art. 55 kann ein Ordnungsantrag gestellt werden.

Reto Deschwanden
(CVP)

S. 9, Laufende Rechnung nach Arten

Ich stelle im Namen der GPK den Antrag, dass der Aufwand, pauschal um 1 Mio. Franken, von 77'305'200 Mio. auf 76'305'200 Mio. Franken gekürzt wird. Der Antrag ist in der GPK knapp zu Stande gekommen, nämlich mit einem Stichentscheid, weil jemand nicht anwesend war. Es wird darum in der Frage nachher noch der Sprecher für die Minderheit der GPK reden, die Funktion wird Herr Durrer wahrnehmen. Aufgrund der geringen Detaillierung des Budgets und auch aus grundsätzlichen Überlegungen verzichtet die GPK bewusst darauf, bei einzelnen Positionen Änderungsanträge zu stellen.

Thomas Zemp (CVP)

Wir beantragen die pauschale Reduktion des Aufwandes um 1 Mio. Franken, wir stützen uns dabei auf das Handbuch für das Rechnungswesen, wo umschrieben ist, was die Befugnisse der Stimmberechtigten sind. Dort heisst es, dass zur Artengliederung, die zusammengefasste Form des Harmonisierten Rechnungsmodells, die Stimmberechtigten ebenfalls Einfluss nehmen und eine pauschale Erhöhung oder Reduktion der Kosten beschliessen können. Allenfalls müsste man noch ergänzen, dass es sich um eine lineare Kürzung handelt. Die Begründung für den Antrag ist vielschichtig, u.a. auch die Motion Nr. 261/2008, die ein gewisses Potenzial aufzeigt. Wir meinen aber, 1 Mio. Franken müssten möglich sein und gehen davon aus, dass man mindestens das Potenzial ausschöpfen kann. Weiter kann man anführen, dass die Gegenüberstellungen von Rechnung und Budget der letzten sechs Jahre deutlich zeigen, dass der Gemeinderat immer auf der vorsichtigen Seite budgetiert. Die Abweichungen zwischen Budget und Rechnungen sind massiv. Selbstverständlich ist das im Einzelfall immer begründbar, aber in der Summe sind sie massiv. Während der Vergleichsperiode von sechs Jahren

hat die Rechnung viermal massiv besser abgeschnitten und lediglich zweimal schlechter. Kumuliert sind die Rechnungen über 15 Mio. Franken besser ausgefallen als budgetiert, das entspricht einem Durchschnitt von weit über 2 Mio. Franken pro Jahr. Man könnte den Vergleich noch weiterführen und nicht nur bis in das Jahr 2002, man könnte noch die Jahre 2001 und 2000 dazunehmen, dann sähe es noch schlimmer aus, weil wir dann 22.5 Mio. Franken besser abgeschnitten hätten. Nebenbei bemerkt muss man aber auch noch erwähnen, dass bei den Budgets der Gemeinderatskredit, der sich in der Regel zwischen 1 und 1.5 Mio. Franken bewegt, nie berücksichtigt ist. Wenn man das auch noch berücksichtigen würde, würden die Rechnungen noch einmal um x Millionen besser abschneiden als das Budget. Zusammengefasst: Der Gemeinderat budgetiert auf der vorsichtigen Seite und darum ist es auch nicht so tragisch, wenn einmal 1.5 Mio. Aufwandüberschuss im Budget sind, das kann man nicht als eine plötzliche Kehrtwendung ansehen. Ich bin der Meinung, auch das vorliegende Budget ist vorsichtig erstellt, beispielsweise gibt es einen Diskussionspunkt bei den Beiträgen an die Heimfinanzierung. Gemäss Gesetz für soziale Einrichtungen müssen die Kosten der Heimfinanzierung hälftig vom Kanton und den Gemeinden getragen werden. Die Berechnung der pro-Kopf-Beiträge, die uns als Budgetvorlage dienen, laufen so, dass man die Vorlage vom Kanton nimmt, den Betrag durch zwei rechnet, das ergibt den Gemeindeanteil, nachher durch die Anzahl Einwohner des Kantons, das ergibt den pro-Kopf-Beitrag und Oskar Mathis rechnet das nachher auf mit unseren Einwohnern, das ergibt den Beitrag, der dort drin steht. Interessant ist, dass jetzt dort ein Tagessatz von Fr. 20.00 neu hinzukommt, das macht bei unserem Budget immerhin knapp Fr. 200'000.00 aus. Nach der gesetzlichen Grundlage ist es so, dass die 50 %, die die Gemeinden zahlen müssen, von den Tagespauschalen abgezogen werden und der Rest wird pro Kopf verteilt. Also finde ich es erstaunlich, wenn wir jetzt die 50 % der eigenen pro-Kopf-Beiträge finanzieren und zusätzlich noch die Tagespauschale dazunehmen. Ich weiss, in der Budgetanleitung des Kantons steht es so, aber es ist irgendwie nicht ganz nachvollziehbar. Ich meine, dort haben wir Fr. 200'000.00 zuviel budgetiert. Es ist auch interessant, im Zusammenhang mit den Aufgaben der Finanzreform hat der Kanton damals gesagt, man soll davon ausgehen, dass man bei der Heimfinanzierung das Doppelte von dem budgetieren muss, was man bisher zahlt. Verglichen mit der Rechnung 2007 haben wir jetzt den 2.8-fachen Betrag im Budget. Ein weiterer Punkt, wo man sich fragen könnte, ist im Bereich der Bildung. Wir stellen fest, dass die Pensen um 2.8 % sinken, die Lohnkosten bleiben gleich hoch. Natürlich kann man sagen, dass der Kanton eine Besoldungserhöhung von 2 % vorsieht, aber auch dann sind immer noch 0.8 %, wo man sich fragen kann, woher die kommen. Man muss auch davon ausgehen, wenn der Kanton eine Besoldungserhöhung von 2 % vorsieht, dass dort ein Mutationseffekt berücksichtigt ist, der mindestens 0.5-1 % beträgt. Zusammengefasst sind wir der Meinung, dass die Reduktion um 1 Mio. Franken gerechtfertigt ist. Im Bereich der Budgetgenauigkeit macht die Million gerade einmal 1.3 % des Gesamtaufwandes aus. In den letzten sechs Jahren hatten wir im Schnitt eine Abweichung von 7 %. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen. Nachher wird wie gesagt noch ein Antrag zur Steuersenkung gestellt, wo der Ertrag ebenfalls um 1 Mio. Franken reduziert werden soll.

Ordnungsantrag

Die FDP stellt den Antrag, das Budget zurückzuweisen mit dem Auftrag an den Gemeinderat, den Aufwandüberschuss um Fr. 700'000 zu reduzieren. Die FDP verlangt ein neues Budget, weil wir über die Einsparungen diskutieren möchten, denn die Verantwortung liegt bei uns im Einwohnerrat. Zudem sind wir nicht gewillt, mit einer pauschalen Reduktion eine Blankounterschrift für das Budget zu geben.

Es steht ein Ordnungsantrag der FDP im Raum, zu dem können wir jetzt sprechen.

Nach meinem Rechtsverständnis und ein bisschen Ratserfahrung meine ich, wenn ein

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Reto Deschwanden
(CVP)

Roger Jenni (FDP)

Ordnungsantrag gestellt wurde, können die, die gestreckt hatten noch sprechen und nachher wird über den Ordnungsantrag abgestimmt. So haben wir es bereits gemacht, ob das jeweils rechtens war, weiss ich nicht, ich wäre Ihnen aber dankbar, wenn wir an dem Verfahren festhalten könnten.

1 Mio. Franken sparen, das hat seinen Reiz, ist ein attraktives Schlagwort und gefällt mir persönlich irrsinnig. Wenn man 1 Mio. Franken Aufwand sparen kann und es wurde ja auch einmal der Abbau vom Eigenkapital angestrebt, hätten wir das, wenn wir die 1.5 Mio. Franken Aufwandüberschuss so hinnehmen würden. Dann müsste unweigerlich die Folge sein, dass man sagt, der Steuersatz darf nur noch 1.55 Einheiten sein. Ich habe da zwei Seelen in meiner Brust, wenn ich mein Portemonnaie anschau bin ich natürlich blitzartig dafür. In der BVK machen wir es seit Jahren so, dass wir darüber befinden, ob der Gemeinderat wirklich richtig entschieden hat und sich die geplanten Investitionen rechtfertigen. Wir sind ab und zu zu der Einsicht gekommen, dass es eigentlich nicht so bedrohlich ist, wie es der Gemeinderat aufgefasst hat. Wir hatten dann immer die Möglichkeit, etwas in einem Antrag abzulehnen und zu sagen, was wir in welchem Umfang für nötig halten. Jahre zuvor haben wir immer das Gefühl gehabt, der Gemeinderat sei nicht fähig, das Geld vernünftig einzusetzen und jetzt wollen Sie die Kompetenz geben, 1 Mio. Franken einzusparen. Der Gemeinderat wird das machen, ohne dass wir das je wieder einmal sehen und da die Kompetenz des Budgets im Einwohnerrat liegt, erstaunt es mich von einer GPK sehr, dass sie sagt, das soll pauschal gemacht werden. Bis heute hatte die GPK immer eine sehr grosse Vorbildfunktion für mich, in x Belangen sind wir dank der GPK immer auf irgendwelche Vorkommnisse gestossen, die uns der Gemeinderat wissentlich oder unwissentlich vorenthalten hat. Ich bin auch überzeugt, dass eine Aufwandsparnis möglich ist, aber ich möchte das nie an den Gemeinderat delegieren.

Roger Jenni (FDP)

Wir haben gehört, als wir von der Motion gesprochen haben, dass alles immer nur an der Effizienzsteigerung aufgehängt ist und man bekommt ein wenig den Eindruck, das müssten da unten "e chli faule Sieche" sein. Dass das in Tat und Wahrheit so ist, möchte ich natürlich schon belegt haben und solange das nicht so ist, müssen wir hier die Unschuldsvermutung anstellen. Der Gemeinderat wird diesbezüglich zuerst sein Personal decken und uns würde vorgeworfen, wir hätten das doch beschlossen. Beim Schulhaus Biregg haben Sie unisono gesagt, Fr. 400'000 können wir geben, wir machen das. Was erzählen wir dem Bürger, wenn das zurückgestrichen wird und nachher heisst es, ja der Einwohnerrat hat gesagt, wir müssen 1 Mio. Franken sparen. Der Gemeinderat wird nicht seine Effizienz steigern um zu sparen, es würde das gespart, was sie nachher dem Einwohnerrat in die Schuhe schieben könnten.

Die Budgetphase hat im Juni stattgefunden, als die Finanzkrise nur in Amerika stattfand. Im Budget spricht man von einem Wachstum von 4 %. Wir haben 10 % der Bevölkerung in unserer Gemeinde Horw, die nahezu 80 % des gesamten Steuersubstrats zahlen. Ich habe das Privileg und das Glück, solche Leute in meiner Kundschaft zu haben. Wenn ich mit denen rede, sagt der eine oder andere auch, ja es geht nicht so gut und das habe den Vorteil, man müsse einmal nicht so viel Steuern zahlen. Wie kompensiert man denn das, wenn 4 % mehr Wachstum budgetiert sind?

Es ist also alles ungewiss. Zur Motion Zemp, die in Teilen eine sofortige Umsetzung verlangt, bekommen wir einen Planungsbericht. Wenn das Budget zurückgewiesen wird kann man noch verlangen, dass dieser mit dem neuen Budget vorgelegt wird. Aber das Sparpotenzial liegt dann vor und es werden nicht unisono 1 Mio. Franken gestrichen. Wir müssen dem Gemeinderat die Möglichkeit geben zu zeigen, wo und was gespart wird und wir müssen die Verantwortung übernehmen und es sehen. Natürlich weiss es der Gemeinderat am besten, aber er soll es uns hier rechtfertigen. Die FDP hat das Gefühl, Fr. 700'000 seien das höchste der Gefühle. Das ist aber eher eine Intuition, eine

Mutmassung, genauso wie Sie das Gefühl haben, man könnte 1 Mio. Franken sparen. Deshalb möchte ich am liebsten die Umsetzung der Motion dazu verlangen, weil man dann sehen wird, was effektiv möglich ist.

Ich bitte Sie, den Antrag der FDP zu unterstützen und mit Respekt und Verständnis für Ihr Anliegen, aber es soll ein Vernunftentscheid sein und nicht nur ein emotionaler, das man mit der Senkung des Steuerfusses allein die Attraktivität von Horw erhöht.

Wir haben ja noch die Konkurrentin IGeH, dort ist es natürlich ein ganz zentrales Thema, das die Autonomie von Horw gewahrt sein kann. Die ist dann vielleicht auch irgendwann einmal nicht mehr gewahrt, wenn wir uns zu Tode sparen. Entscheiden wir doch dann, wenn das Budget noch einmal vorliegt und Ihrem und unseren Anliegen Rechnung trägt. Dann können wir hier selber entscheiden und ich stehe schon lieber dahinter, was ich selber entschieden habe und nicht unbedingt der Gemeinderat.

Ich bitte Sie, den Ordnungsantrag abzulehnen. Wir sind jetzt mitten in der Diskussion. Die grundsätzliche Haltung hätte man beim Eintreten zeigen müssen und sagen, dass man das Budget nicht diskutieren, sondern zurückweisen möchte und diese Haltung auch begründet, indem man sagt, man wolle z.B. ein ausgeglichenes Budget oder was auch immer. Aber jetzt sind wir eingetreten, Herr Jenni und ich konnten etwas dazu sagen, alle anderen können nichts mehr dazu sagen. Ich bitte Sie, den Ordnungsantrag abzulehnen. Wenn die FDP mit dem Budget am Schluss nicht glücklich ist, kann sie ja den Antrag stellen, das Budget abzulehnen.

Thomas Zemp (CVP)

Ich bitte Sie, den Ordnungsantrag anzunehmen, weil Herr Zemp erst im Nachhinein sagen konnte, dass er die Ersparnisse linear machen möchte. Das ist auch in der GPK so nicht beschlossen worden, man hat dort nur von dem Gesamtbetrag gesprochen und nicht wie der zu verteilen ist. Darum möchte ich Ihnen beliebt machen, den Vorschlag der FDP, der präziser ist, zu unterstützen und das Budget abzulehnen.

Konrad Durrer (L20)

Der Punkt, den Herr Durrer angeschnitten hat, ist richtig. Ich weiss seit heute morgen, dass offenbar irgendjemand behauptet, dass man nicht pauschal kürzen darf. Ich möchte die Behauptung zuerst einmal hören, warum das nicht geht und dann können wir diskutieren, wie wir kürzen. Aber die FDP möchte jetzt offensichtlich mit dem Ordnungsantrag die Diskussion abklemmen.

Thomas Zemp (CVP)

Wir haben zum Punkt der pauschalen Rückweisung Abklärungen vorgenommen, die erst heute morgen eingetroffen sind. Unser zuständige Regierungsstatthalter Herr Rössli sagt, dass eine pauschale Kürzung, in welchem Ausmass auch immer, durch den Einwohnerrat nicht möglich ist. Das stehe im Widerspruch mit dem Handbuch, in dem es heisst, dass es nach Artengliederung möglich ist. Der Regierungsstatthalter sagt, der Gemeinderat könnte z.B. etwas streichen, das der Einwohnerrat nicht gestrichen haben möchte. Der Gemeinderat kann schlussendlich mit dem Budget auch nicht direkt vor das Volk, sondern der Einwohnerrat muss für das Volk ein beschlossenes Budget vorlegen.

Gianmarco Helfenstein (CVP)

Ich kann den Ordnungsantrag auch sistieren, bis alle im Rat darüber diskutieren konnten, wenn das möglich und im Sinne der Sache ist.

Irène Zingg-Vetter (FDP)

Ein Budget ablehnen, wir haben das auch schon gemacht, es sollte aber ein Ausnahmefall sein. Eine Gemeinde muss mit einem Budget arbeiten und der Gemeinderat muss wissen, woran er ist. Wir sind alle zusammen für eine sparsame Verwaltung, aber mit Argumenten, die keinen praktischen Hintergrund haben, machen wir unsere Gemeindeverwaltung nicht sparsamer. Ich kann nicht beurteilen, was unser Finanzvorstand heute

Alwin Larcher (SVP)

morgen herausgefunden hat, ich meine aber, dass der Vorschlag von Herrn Zemp, der von einem grossen Teil der GPK getragen wird, es wert ist, dass wir wenigstens einmal einen Versuch machen. Vielleicht werden wir ja in Zukunft noch ein bisschen mehr linear arbeiten müssen, ich sehe da kein Hindernis. Es ist vielleicht paradox, dass wir jetzt auf einmal mehr Vertrauen haben. Die SVP hat keinen Gemeinderat wie die FDP, die mit zwei Gemeinderäten reichlich in dem Gremium vertreten ist und auf einmal mehrfach latentes Misstrauen dokumentiert. Wir reden im Budget von Zahlen, von denen eigentlich kein Mensch weiss, ob sie stimmen und ob sie einmal so herauskommen werden. Es gibt bei einer Budgetdebatte eine Ungewissheit, mit der wir umgehen müssen und wir wissen, dass am Schluss alles noch um einiges anders herauskommt. Wir unterstützen den Antrag der GPK.

Herr Larcher spricht von einem Versuch. Sie möchten nicht zurückweisen, Sie geben dem Gemeinderat den Auftrag, einen Versuch zu machen. Das Resultat vom Versuch interessiert Sie gar nicht. Das ist eine Verantwortungslosigkeit par excellence. Zum Misstrauen gegenüber dem Gemeinderat bedenken Sie, dass zwei FDP-Gemeinderäte nicht mehrheitsfähig sind und da darf das Misstrauen bleiben.

Roger Jenni (FDP)

Die Ausgangslage hat sich verändert. Beim vorliegenden Budget können Sie nicht mehr über die Anschaffung von einem Auto reden oder mehr, das geht jetzt in Richtung eines Globalbudgets. Wir haben ja pro Kostenträger oder pro Kostenstelle nur noch zwei Beiträge, Ausgaben und Einnahmen. Von daher können Sie das gar nicht, Sie sind darauf angewiesen, dass der Gemeinderat etwas dazu schreibt, das ist das Problem von dem Budget. Wenn der Gemeinderat nichts sagt, wissen wir nicht, was geändert wurde. Er kann irgendwo viel mehr ausgeben und an einem anderen Ort viel weniger, wenn es nicht zufällig dazugeschrieben wird, wissen Sie es nicht. Das Budget erlaubt nun einmal, dass Sie nicht mehr an den Detailpositionen schrauben können und ich glaube, das ist auch nicht das Ziel. Wir haben jetzt schon x-mal gehört, man solle sich nicht in das operative Geschäft einmischen. Letztlich ist es für den Stimmbürger interessant, wieviel Steuern er zahlen muss und ob die Gemeinde einen Aufwands- oder einen Ertragsüberschuss hat. Es ist doch gleich, ob der Gemeinderat Leute anstellt und die Arbeit mit den Leuten macht oder ob er den Auftrag auswärts vergibt. Es kostet beides Geld. Er muss das machen, was effektiver und effizienter ist.

Thomas Zemp (CVP)

Wir haben das Gefühl, dass Ihr Antrag zwar etwas Gutes hat, es aber verantwortungslos ist, das so retour zu delegieren. Mit der Idee als solche, an dem Budget Kosten sparen zu wollen, rennen Sie bei uns offene Türen ein. Aber wenn linear um 1 Mio. Franken gekürzt werden soll, kommen Sie unweigerlich auf die Idee, das Budget zurückzuweisen. Wenn ich vorher dem Gemeinderat in seinen Formulierungen folgen konnte, ist das letztlich sogar ein Muss. Wir verlangen, dass die Änderungen aufgezeigt werden und das ist nur der Fall, wenn Sie das Budget zurückweisen und uns das Budget noch einmal vorgelegt wird. Sonst werden Sie nie wissen, was der Gemeinderat gekürzt hat und ich sage noch einmal, er wird nicht da kürzen, wo Sie das Gefühl haben, dass die Herrschaften da unten dreimal schneller arbeiten können und dass man allein mit einer Effizienzsteigerung die gewünschte Million reduzieren könnte. Wenn wir die Änderungen sehen und die Verbindung mit der Motion herbringen, erst dann sehen wir das objektiv und haben nicht nur das Gefühl, dass wir die Steuern senken können. Klar kann man sagen, ich habe das vorhin im Forum gehört, wir nehmen denen mal das Geld weg, sie lernen es dann schon. Die Crux an der Geschichte ist aber, dass wir die Verantwortung übernehmen und darum weisen Sie bitte das Budget zurück.

Roger Jenni (FDP)

Herr Jenni, wir sprechen über den Detaillierungsgrad des Budgets im Prinzip. Mit dem Wechsel des Rechnungsmodells haben wir nolens volens von dem Detaillierungsgrad Abschied genommen, wie wir ihn bisher gekannt haben. Da konnten wir noch über die

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

berühmte Kaffeemaschine oder andere Details sprechen und diese zusammenstreichen. Ich weiss, wir haben das zum Teil gemacht, wir haben es zum Teil aber auch wesentlich grosszügiger gemacht, als Sie sich das jetzt vorstellen. Ich bin gespannt, wie das herauskommt, wenn wir einmal mit einem Globalbudget arbeiten müssen. Natürlich haben wir dann noch Leistungsaufträge, aber es wird dann ein genereller Auftrag erteilt und nachher müssen Sie dem Gemeinderat folgen, dann müssen Sie ihm einfach das Vertrauen schenken, dass er das Geld richtig einsetzt, das Sie ihm geben. Wenn Sie jetzt sagen, wir wollen wissen, was der Gemeinderat wo gespart hat, dann wissen Sie das gerade mal bei einem konkreten Auftrag und bei den Details, die irgendwo noch zufällig in dem Budget stehen. Aber bei den Riesenposten, bei denen nirgendwo ein Detail auch nur ansatzweise geschrieben steht, da haben Sie keine Ahnung, was der Gemeinderat nachher mit Ihrem Antrag macht. Dann kommt ein neues Budget daher und dann haben Sie Ihre Summe vielleicht eingespart und Sie wissen nicht, wo es gespart wurde. Mit dem neuen Rechnungsmodell müssen wir von dem Kleinkleindenken Abschied nehmen, das wir bis jetzt gehabt haben. Wir müssen das Budget so an den Gemeinderat zurückgeben, dass es um 1 Mio. Franken zu kürzen ist und nachher das Vertrauen haben, das es richtig ist.

Der Vorredner selber hat beim Budget interpretiert, dass man dieses nur auf die fünfte Stelle hat und dass gewisse Unterpositionen fehlen. Eine Viertelstunde später spricht er so, wenn man es detaillierter darstellen würde, wäre es Kleinkleindenken. Warum verlangen Sie die Details nicht dazu? Warum kann man das Budget nicht so verlangen, dass es unseren Bedürfnissen Rechnung trägt? Dann sollen von mir aus drei oder fünf Unterpositionen gemacht werden, aber dann wissen Sie, was vorgegangen ist. Und wenn man sich daran gewöhnt hat, kann man sich immer noch einmal überlegen, um wieviel man dann herunterfahren will.

Roger Jenni (FDP)

Herr Zemp hat gesagt, dass es nicht möglich ist, mit so einem Budget differenzierter zu reagieren und er darum auf die Idee kommt, in die Laufende Rechnung nach Arten eingzugreifen. Dem ist mitnichten so. Mit der Kostenrechnung haben wir ja genau das geschaffen, dass wir auf die einzelnen Produkte eingreifen können. Man kann z.B. sagen, man solle in der Sportanlage Seefeld soundsoviel sparen, das kann man nach wie vor. Wir können genau auf das Gebiet Einfluss nehmen und müssen auch unsere Verantwortung übernehmen und sehen, bei dem und dem Posten wurde gespart.

Konrad Durrer (L20)

Herr Jenni, ich habe beim Eintreten gesagt, dass ich den Detaillierungsgrad vermisse, ich habe nicht gesagt, dass ich über die Details abstimmen möchte. Aber ich möchte zumindest wissen, aus was sich die Gesamtsummen zusammensetzen, ob man nachher daran noch herumschraubt ist ein anderes Paar Schuhe. Sie von der BVK haben das zur Kenntnis bekommen, auch die GPK hat es in einem höheren Detaillierungsgrad. Wir haben es nicht, also müssen wir auch nicht auf der Stufe operieren.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Wir haben einen Ordnungsantrag, der eine Zurückweisung verlangt mit einer Bemerkung, das Fr. 700'000 im Aufwand gekürzt werden sollen. Mein Vorschlag ist, dass man zuerst über die Zurückweisung allgemein abstimmt. Nachher können wir noch über die Bemerkung diskutieren, ob 700'000 oder 1 Mio. Franken zu kürzen sind oder andere Bemerkungen, die man vom neuen Budget verlangen würde, wenn die Rückweisung angenommen wird. Wenn Sie abgelehnt wird, geht die Beratung ganz normal weiter.

Reto Deschwanden (CVP)

Das können wir gerne so machen, dann möchte ich aber die FDP noch bitten, genau zu formulieren, was bei einer Rückweisung der Auftrag an den Gemeinderat ist. Was soll er machen und was ist die Erwartungshaltung? Ist es ein ausgeglichenes Budget, soll eine Steuerfussenkung enthalten sein oder was genau der Auftrag an den Gemeinderat ist.

Thomas Zemp (CVP)

Wenn das Budget zurückgewiesen wird, kann man nachher über die Forderungen diskutieren, z.B. die der GPK, dass sie eine Steuersenkung möchte oder 1 Mio. Franken Aufwand kürzen möchte, vielleicht hat auch eine andere Fraktion noch eine Bemerkung für das neue Budget. Nachher weiss der Gemeinderat auch genau, was er mit dem neuen Budget machen muss.

Reto Deschwanden
(CVP)

Beim Ordnungsantrag darf man eigentlich nur über diesen reden, ich habe die Diskussion laufen lassen, damit wir die Informationen bekommen, auf welchen Weg es gehen soll.

Ich erhebe den Anspruch, dass über den Antrag der GPK abgestimmt wird. Dann können wir auch noch gerne über den Ordnungsantrag der FDP abstimmen, ob der überhaupt mehrheitsfähig ist, bezweifle ich. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn der beim Eintreten gestellt worden wäre, dann hätten wir grundsätzlich gewusst, um was es geht.

Thomas Zemp (CVP)

Ich muss auf Art. 55 verweisen, dass zuerst immer über den Ordnungsantrag abgestimmt wird.

Reto Deschwanden
(CVP)

Abstimmung:

Ordnungsantrag der FDP-Fraktion, das Budget 2009 zurückzuweisen.

Reto Deschwanden
(CVP)

Das Budget 2009 wird mit 15:13 Stimmen zurückgewiesen.

Wir kommen zu den nächsten Punkten, die FDP-Fraktion hat die Bedingung gestellt, Fr. 700'000 im Aufwand zu kürzen. Jetzt würde ich gerne noch die Anträge der GPK hören.

Es gibt keine Anträge mehr. Man stimmt doch zuerst über den Ordnungsantrag ab, ob der mehrheitsfähig ist oder nicht. Wenn er gültig ist, ist nachher die Diskussion beendet.

Thomas Zemp (CVP)

Wenn wir beim Eintreten eine Rückweisung machen, ist das Geschäft auch erledigt. Wir haben andere Male auch schon angebracht, dass unsere Bemerkungen, Anregungen und Wünsche berücksichtigt werden sollen. Es ist nicht das erste Mal, dass wir ein Geschäft zurückweisen. Wir haben es jetzt einfach während und nicht vor der Behandlung des Geschäfts gemacht.

Roger Jenni (FDP)

Die Abstimmung ist immer am Schluss. Zuerst wird diskutiert und dann abgestimmt. Wir beschliessen auch keinen Kredit und sagen am Schluss, jetzt diskutieren wir noch. Wir haben jetzt abgestimmt und es wurde zurückgewiesen. Nach Geschäftsreglement muss man zuerst über den Ordnungsantrag abstimmen um festzustellen, ob man nachher über den Inhalt abstimmen möchte oder nicht.

Thomas Zemp (CVP)

Jetzt weiss der Gemeinderat nicht, was er am Budget ändern muss.

Reto Deschwanden
(CVP)

Ja, das war der Wunsch der FDP.

Thomas Zemp (CVP)

Bei der Eintretensdebatte, und dafür führt man eine Eintretensdebatte, kommen ja die Fakten auf den Tisch, wieso man auf eine Rückweisung kommt und nachher hat man noch über den Ordnungsantrag diskutiert, dort sind auch inhaltliche Hinweise gekommen und ich glaube, von daher ist der Gemeinderat bedient.

Konrad Durrer (L20)

Das ist der genau der Punkt, wieso man damals diskutiert hat, ob man Bemerkungen überweisen möchte oder nicht. Der Gemeinderat weiss jetzt, es gibt ein paar, die möchten eine Steuerfusssenkung, es gibt ein paar, die möchten ein ausgeglichenes Budget und es gibt ein paar, die möchten, dass es bleibt wie es ist, vielleicht noch ein paar mehr Ausgaben reinnehmen und nachher mehr Leistungen macht. Das weiss der Gemeinderat, darüber was mehrheitsfähig ist, hat er keine Ahnung und ich kann Ihnen garantieren, wenn im Januar ein neues Budget vorliegt, wird es unter Umständen ein Referendum geben und dann wird es halt Mai bis man ein gültiges Budget hat.

Thomas Zemp (CVP)

Wir haben diskutiert und beschlossen, das Budget zurückzuweisen. Während der Diskussion hat uns der Einwohnerratspräsident erklärt, dass wir zuerst über den Ordnungsantrag und somit über die Rückweisung abstimmen müssen und nachher die beiden Anträge gegenübergestellt würden, d.h. der FDP-Antrag vs. den GPK-Antrag. Im guten Glauben, dass man formell so vorgeht, haben wir natürlich auf die Abstimmung beharrt und müssen uns nachher erklären lassen, dass man das eigentlich nicht mehr so weiterdiskutieren kann und dass das, was der Einwohnerratspräsident davor gesagt hat, plötzlich keine Gültigkeit mehr hat. Wie wird das gehandhabt, wenn man das Gefühl hat, dass etwas falsch gelaufen sein könnte?

Roger Jenni (FDP)

Ich habe es so gesehen, dass der Ordnungsantrag zurückgewiesen und Fr. 700'000 zu streichen seien und gesagt, man könne zuerst zurückweisen und nachher über Bemerkungen diskutieren. Jetzt im Nachhinein sieht es so aus, dass man gar nicht mehr darüber abstimmen kann, weil es zurückgewiesen wurde.

Reto Deschwenden (CVP)

Dann muss ich Sie als Präsidenten dringendst darum bitten, dass man Vorgehensweisen, die man uns erklärt hat, hinterher auch irgendwie umsetzen kann. Jetzt sind wir in dem Dilemma, dass man gewisse Trotzreaktionen und Schuldzuweisungen gemacht werden, basierend darauf, dass Sie uns suggeriert haben, dass wir nachher über die Bemerkungen diskutieren und abstimmen können. Im guten Glauben an die Obrigkeit und den Ratspräsidenten ist man natürlich davon ausgegangen und stellt im Nachhinein mit Erschrecken fest, dass alles anders ist. Es ist nicht in unserem Interesse gewesen, dass so behandelt haben zu wollen, sondern eher im Interesse, wie Sie das formuliert haben. Wir leben jetzt damit und halten, glaube ich, an dem Antrag fest. Es ist aber zu bedauern und schade, dass man solche Sachen suggeriert bekommt und am Schluss auf dem Glatteis steht.

Roger Jenni (FDP)

Als ehemaliger Einwohnerratspräsident fühle ich mich verpflichtet, den Präsidenten in Schutz zu nehmen. Möglicherweise ist es nicht klar herübergekommen, vielleicht ist es auch ein Missverständnis, aber ich muss Sie um Verständnis bitten. Da oben sitzt einer, der 29 Leute vor sich hat, die mit Anträgen das Podium bombardieren. Der Einwohnerratspräsident muss erstens den Überblick haben und zweitens, in so seltenen Situationen, wie wir sie jetzt hatten, noch das Reglement auswendig können und nachher aus den wirren Anträgen, die hier gestellt werden, den richtigen herausfiltern und zur Abstimmung bringen. Wir haben hier im Rat 29 mündige Leute neben dem Einwohnerratspräsidenten, die, wenn sie einmal die Geschäftsordnung lesen würden sehen, was es für Auswirkungen hat, wenn sie einen Antrag stellen. Man sollte vielleicht vor der Abstimmung überlegen, was man damit auslöst. Sie sind zweimal von Herrn Zemp und von mir darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Diskussion beendet ist, wenn das Budget zurückgewiesen wurde, Sie wollten es nicht wahrhaben. Der Präsident hat einen formellen Fehler gemacht und jetzt muss er die Schuld ausbaden, die wir eigentlich hier, ich nehme das auch auf mich, ich hätte mit noch mehr Nachdruck darauf hinweisen müssen, dass nachher die Diskussion erledigt ist, die wir ihm eingebrockt haben. Ich habe Mühe damit, wenn man hier unten im warmen Sessel sitzt und nachher noch versucht, den Präsidenten da oben kaltzustellen.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Wir sind nicht nur Räte von vier Parteien, sondern wir haben einen Vorsitzenden, der einer von uns ist und kein Feind oder Gegner. Es ist in unserem Interesse, dem Einwohnerratspräsidenten die Aufgabe zu erleichtern und nicht zu erschweren und müssen schauen, dass wir nicht aus dem hohlen Bauch Anträge produzieren, die irgendwo hinführen, was wir selber noch nicht wissen. Ich möchte unseren Präsidenten deshalb in Schutz nehmen. Jeder, der einmal dort oben gesessen hat weiss, wie schwer es in dem wirren Haufen ist, die Versammlung einigermaßen ordnungsgemäss zu führen.

Alwin Larcher (SVP)

Ich verdanke Herrn Jung die Worte, die er an uns richtet, ausserordentlich. Diese bestätigen, dass jemand von der CVP den Fehler begangen hat. Es ist natürlich nichts gegen den Präsidenten persönlich, aber die Genugtuung daraus, dass der Fehler auf Ihrer Seite entstanden ist und nicht uns vorgeworfen werden kann, beruhigt mich.

Roger Jenni (FDP)

Um die verworrene Situation allenfalls noch etwas aufzuweichen, möchte ich auf die Möglichkeit einer Konsultativabstimmung hinweisen. Dem Gemeinderat könnte man dann noch ein Signal geben, in welche Richtung er zu arbeiten hat.

Jörg Stalder (L20)

Es ist eine verfahrenere Situation, im Prinzip ist das Budget zurückgewiesen und es gibt eigentlich nichts mehr zu beraten. Wir haben gehört, es ist ein Fehler passiert und nach der Geschäftsordnung haben wir die Möglichkeit, ein Rückkommen bzw. eine Wiederaufnahme der Beratung zu beschliessen, dazu wird eine 2/3-Mehrheit benötigt. Die Beratung würden wir so fortsetzen, dass der Gemeinderat eine Aussage aus dem Rat hat, wie er ggf. weiterzugehen hat oder was für ein Budget dem Volk unterbreitet werden soll. Ich glaube, es ist uns allen bewusst, dass es auf dem Stand, den wir jetzt haben, so nicht sein kann. Der Gemeinderat hat keine Ahnung, was er machen muss und aus der Situation verstehe ich das auch. Wir müssen jetzt einen Weg finden, wie wir wieder auf den normalen Beratungsweg zurückkommen. Ich schlage vor, dass wir darüber abstimmen, ob wir die Verhandlungen wieder aufnehmen und mit verbindlichen Abstimmungen Entscheide treffen, um am Schluss dann ein Budget zu haben, das mindestens abstimmungstauglich ist.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Ich habe eine Verständnisfrage: Ist es vorgesehen, dass Sie die Rückweisung als solche akzeptiert haben und darüber beraten möchte, was in die Rückweisung gehört oder sind Sie der Meinung, man würde grundsätzlich noch einmal anfangen, über das Budget zu debattieren, ungeachtet der Rückweisung?

Roger Jenni (FDP)

Es ist für mich ganz klar, dass wir die Verhandlung wieder aufnehmen. Die Rückweisung müsste rückgängig gemacht werden, denn sie bringt uns nicht weiter. Es bringt uns nicht weiter, wenn wir Bemerkungen zu Händen des Gemeinderates formulieren, die mit 15:14 Stimmen angenommen werden. Was soll der Gemeinderat aus so einem Entscheid schliessen? Bei der nächsten Budgetberatung haben wir andere Zusammensetzungen, dann kehren Sie das Ganze wieder, dann ist der Gemeinderat wieder am gleichen Ort, an dem er heute steht. Wir sind doch hier nicht da, um irgendwelche Schattentheater zu veranstalten, sondern um Entscheide zu treffen. Wenn wir das Budget einfach zurückweisen und sagen, ja irgendwann, wenn es der Gemeinderat überarbeitet hat, beraten wir es dann, kommen wir nicht weiter. Dann kommt wieder irgendwas was nicht stimmt, es wird das Referendum ergriffen, wir zögern es nur heraus. Jetzt müssen wir doch den Mut haben, Entscheidungen zu treffen und nachher dazu zu stehen oder bei der Abstimmung die entsprechende Gegenposition zu beziehen. Einfach zu diskutieren, was man noch könnte, bringt uns nicht weiter, wir müssen Entscheidungen fällen und die Verantwortung übernehmen und das hier und heute und nicht erst im Frühling im nächsten Jahr.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Wir haben eine Entscheidung getroffen. Die FDP-Fraktion hat einen Antrag gestellt, der die Rückweisung des Budgets mit dem Auftrag an den Gemeinderat enthält, Fr. 700'000 einzusparen. Der Antrag ist vielleicht auf nicht ganz konventionelle Art und Weise durchgekommen, aber es ist ein Entscheid, der getroffen wurde. Manchmal muss man auch einen Entscheid akzeptieren, der nicht so ist, wie man ihn gerne hätte.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Die konstruktive Art, dafür sind wir glaube ich sehr empfänglich. Genau heute hat das stattgefunden und darum ist eigentlich der Rückweisungsantrag viel später gekommen, weil man einfach gemerkt hat, dass Konsequenz einer pauschalen Reduzierung fatal sind und darum sind wir darauf gekommen, das Budget zurückzuweisen. Da bitte ich schon auch um Verständnis, den Entscheid zu akzeptieren, weil als Ziel, Herr Jung, verfolgen wir mehrheitlich alle das gleiche. Wir wollten auf diesem Weg erreichen, dass wir die Reduzierungen noch einmal im Rat haben. Sie möchten dem Gemeinderat Vertrauen schenken, wir möchten noch einmal sehen, was reduziert wurde. In einer zweiten Behandlung des Budgets kann man dann noch einmal einen Antrag auf allfällige weitere Erhöhungen stellen und es kann vielleicht auch der Wunsch respektiert werden, dass das positionen- oder zumindest kapitelbezogen ist und man kann allenfalls noch einmal die Diskussionen über den Steuersatz führen. Dem verwehrt sich ja niemand. Es gilt aber zu respektieren, dass die Ratsmehrheit Mühe mit einer Pauschalreduzierung hat und nur darum ist es überhaupt zum Rückweisungsantrag resp. dem Rückkommen gekommen. Ich gebe Ihnen sehr gerne Recht, dass man speditive und konstruktive Ratssitzungen abhalten sollte. Wir erwarten Effizienz vom Gemeinderat, dass wir das selber haben sollten, stelle ich nicht in Frage. Aber der Weg und der Gang hat uns dazu gezwungen, das als Massnahme zu treffen, um unsere Wünsche und politischen Ziele zu erreichen und ich bitte, das auch zu respektieren.

Roger Jenni (FDP)

Ich kann mit dem Entscheid schon leben, wenn Sie auch die Konsequenzen daraus tragen. Aber es ist nicht so, dass Sie aufgrund des Briefes, den der Regierungsstatthalter geschrieben hat, zu dem Beschluss gekommen sind, sondern Sie sind schon letzte Woche, nach der Fraktionssitzung, bei dem Beschluss gewesen. Sie wissen auch nicht, ob die Pauschalerhöhung der Einnahmen bzw. die Änderung, die die GPK beantragt, ob die überhaupt mehrheitsfähig gewesen wäre. Mit Ihrem Antrag haben Sie die Diskussion einfach unterbunden und der Gemeinderat steht mit einer unklaren Ausgangslage da.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Ich wundere mich auch, woraus Herr Jenni ableitet, dass die Mehrheit keine Pauschalreduktion möchte. Wir haben nie darüber abgestimmt. Es könnte ja auch sein, wenn der Antrag nicht angenommen worden wäre, dass man nachher zu Einzelpositionen Anträge gestellt hätte. Es war ein politisches Kalkül, wie Sie gesagt haben, weil Sie Ihr politisches Ziel erreichen wollten. Sie wollten nicht über den Steuerfuss abstimmen und Sie wollten nicht zeigen, dass die FDP gegen eine Steuersenkung ist. Das Ziel haben Sie erreicht, wir bieten Ihnen an, mit einer 2/3-Mehrheit wieder in die Diskussion einzusteigen. Dann kann man das Thema diskutieren, denn es wird sowieso diskutiert, nach dem Vorschlag der FDP einfach erst im Januar oder im Februar. Dann ist die Ausgangslage besser für eine Steuersenkung, weil wir dann ein Budget haben werden, das weniger als 1 Mio. Franken Aufwandüberschuss hat.

Thomas Zemp (CVP)

Herr Jung, ich geben Ihnen sehr gerne Recht, dass wir an der Fraktionssitzung, an der der Antrag zu Stande gekommen ist, darüber diskutiert haben, was sinnvoll ist. Das Ergebnis war, dass man das Budget reduziert haben möchte. Dass das mit der Million so nicht möglich ist, hat Herr Helfenstein Ihnen erklärt und nicht ich. Da muss ich nicht die Verantwortung übernehmen, dass ein Antrag, den Sie stellen, formell nicht möglich ist.

Roger Jenni (FDP)

Wenn wir dem Antrag, die Diskussion mit einer 2/3-Mehrheit wieder aufzunehmen, zustimmen, ist der Antrag auf Rückweisung dann vom Tisch oder ist er dann nicht vom Tisch?

Robert Odermatt
(SVP)

Dann ist der Antrag auf Rückweisung vom Tisch.

Reto Deschwanden
(CVP)

Abstimmung:

Antrag von Herrn Jung, die Diskussion mit einer 2/3-Mehrheit wieder aufzunehmen.

Ordnungsantrag

Darf der Präsident mitstimmen?

Jörg Stalder (L20)

Ja, gemäss Art. 83.

Reto Deschwanden
(CVP)

Abstimmung:

Antrag von Herrn Jung, die Diskussion mit einer 2/3-Mehrheit wieder aufzunehmen.

Reto Deschwanden
(CVP)

Der Antrag wird mit 11:14 Stimmen abgelehnt.

Der Einwohnerratspräsident verabschiedet Frau Astrid Sprenger-Kaufmann (seit 2000) als Einwohnerrätin und dankt ihr für ihr Engagement zu Gunsten der Gemeinde Horw.

Auch durch den Fraktionschef, Hans-Ruedi Jung, wird Frau Astrid Sprenger-Kaufmann verabschiedet und ihre Arbeit verdankt.

Herr Odermatt orientiert über das Ausscheiden von Erhard Kälin aus dem Einwohnerrat per 31. Dezember 2008 und verdankt seine Leistung als Einwohnerrat.

Der Rücktritt hat mich ein wenig überrascht, er liegt ja noch nicht schriftlich vor.

Reto Deschwanden
(CVP)

Das Rücktrittsschreiben ist auf den 1. Dezember zum Versand bereit.

Erhard Kälin (SVP)

Reto Deschwanden
Einwohnerratspräsident

Franz Leipold
Sekretär

Daniel Hunn
Gemeindeschreiber

Heike Sommer
Protokollführerin